

# Arbeiter-Zeitung

Samstag, 1. Juni 1923  
11. Jahrg. Nummer 124

Verl. ist täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,80 Mk., monatlich 2,60 Mk., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,80 Mk., unter Schutzband 3,00 Mk. Anzeigenpreis: Die gewöhnlichen Anzeigenzeilen oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 8 Pf., Familienanzeigen: Die bezugsfreie Anzeigenzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluss der Inseratenannahme in der Haupt-Expedition 8 Uhr; in der Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

**für Schlesien und Oberschlesien**  
**Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale**  
**Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“**  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Haupt-Expedition: Breslau 10, Kronprinz Str. 50, Tel. 244 78.  
Redaktion: Breslau 44, Redaktions-Besetzungsamt, Kronprinz Str. 50, Tel. 230 02. Expedient der Redaktion von 12-18 Uhr.  
Montags bis Freitag von 17-18 Uhr. Filial-Expeditionen:  
Görlitz, Oberstr. 20, Tel. 4066; Oppeln, Kavaliersstr. 11, Tel. 1344;  
Schlesien: Bunzl. 6, Telefon 2384. Geschäftszeit: von 8-18 Uhr. Geschäftsstand am Hauptverlagort Breslau. — Verlag: Schöler, Besatzungsamt m. S. O., Breslau. — Druck: „Neubau“ Berlin, Fil. Breslau, Kronprinz Str. 50.

## Bisheriges englisches Wahlergebnis:

# Große Verluste der Konservativen Gewinn der Arbeiterpartei Neuaufgabe der „Arbeiterregierung“?

II. London, 31. Mai.

Bis um 5 Uhr morgens wurden folgende Ergebnisse der Parlamentswahlen bekanntgegeben:

Konservative	78 Sitze
Arbeiterpartei	121 Sitze
Liberalen	13 Sitze
andere Parteien	4 Sitze

Die Konservativen haben einen Sitz gewonnen und 51 verloren, die Arbeiterpartei 57 und drei verloren, die Liberalen sieben gewonnen und elf verloren, und die anderen Parteien zwei gewonnen und einen verloren. Die Zahl der abgegebenen Stimmen betrug um 5 Uhr morgens für die Konservativen 2.883.211, für die Arbeiterpartei 2.278.460, für die Liberalen 630.292, während auf die übrigen Parteien 106.318 Stimmen entfielen. Für die nächsten Stunden sind weitere Ergebnisse nicht mehr zu erwarten. In einem Londoner Wahlbezirk wurde der frühere Botschafter in London, Kennell Rodd, gewählt. Der Bruder Lord Balfors wurde mit überwältigender Mehrheit als konservativer Kandidat ins Unterhaus gewählt.

Die Stimmenzahl der kommunistischen Partei, die nur in 25 Wahlkreisen Kandidaten aufstellte, sind bis zur Stunde noch nicht bekannt.

Der starke Stimmen- und Mandatsverlust der Konservativen und der Gewinn der Arbeiterpartei spiegelt den Einbruch des britischen Proletariats wider. In den letzten Jahren betrieb die Arbeiterpartei eine scheinradikale und sehr geschickte „Oppositionspolitik“ durch die es ihr gelungen ist, große Massen der Arbeiterschaft über den reformistischen und sozialimperialistischen Charakter ihrer

Politik zu täuschen. Zweifellos hat die Arbeiterpartei auch vom Kleinbürgertum Stimmengewinn erhalten.

Im Wahlkampf der letzten Tage hat die Reparationsfrage keine unerhebliche Rolle gespielt. Sowohl MacDonald wie sein Finanzminister Snowden sind wiederholt auf die Frage der so weitherzigen Regelung der französischen Schulden an England seitens der konservativen Regierung zurückgekommen und ebenso auf die unvoreilhafteste Regelung der englischen Schulden an Amerika seitens Baldwin's. Gleichzeitig beruhigte jedoch Snowden die Konservativen, daß er gar nicht daran denke, diese Schuldenabkommen — falls er zur Macht gelangen sollte — nicht anzuerkennen, sondern sich nur im Falle einer gründlichen Überprüfung der Reparations- und Schuldenfragen nicht an die Grundsätze, durch die sich konservative Regierung leiten ließ, halten würde. In Wirklichkeit unterscheidet sich ihre Politik als Regierungsprinzip vom Konservatismus der nationalistic und imperialistischen Bourgeoisie durch nichts. — Dies zeigte sich am deutlichsten in der pazifistischen Wahlrede MacDonald's, in der er betont, daß er die Freundschaft mit anderen Nationen nicht allein des Friedens, sondern auch der Märkte halber pflegen wolle; man weiß schon, was eine Freundschaft der Märkte halber zu bedeuten hat: Ausbeutung, Konkurrenzkampf, Krieg.

Diese Stellungnahme zeigt am besten, welche Politik die „Arbeiterregierung“, deren zweite Auflage nach dem Wahlergebnis folgen dürfte, betreiben wird. Diese Politik wird bei den britischen Arbeitern die Illusionen über den Charakter der Arbeiterpartei zerstören und dazu beitragen, die Herrschaft einer wirklichen Arbeiterregierung, die nur durch den gewalttätigen Sturz des britischen Kapitalismus durch das englische Proletariat erreicht werden kann, vorzubereiten.

Plan vorgehen, zu zahlen habe. Sie bestätigt also, daß die deutsche Delegation, die den Alliierten durch Schacht das Angebot von 1850 Millionen jährlich gemacht hatte, tatsächlich einen völligen Rückzug vor den Forderungen der Entente angetreten hat.

Wie der Pariser Korrespondent der „Times“ meldet, ist die gestrige Abmachung über die Ziffern nur durch die Annahme zustande gekommen, daß das Rheinland am 1. September geräumt werde, so daß keine weiteren Besatzungstruppen nach diesem Datum notwendig seien. Damit würden auch die von Deutschland zu zahlenden Besatzungskosten in Wegfall kommen. Die britische Regierung habe der französischen Regierung mitteilen lassen, daß sie ihre Truppen auf jeden Fall bald aus dem Rheinland zurückziehen werde. — Die Berliner Regierungspresse macht diese Meldung besonders groß auf, um damit die Niederlage der deutschen Delegation in Paris wenigstens etwas zu vertuschen. Tatsächlich dürfte diese Meldung des „Times“-Korrespondenten an sein Blatt dem Tatsachen weit entfernt sein.

## Gewerkschaftsbürokratie nimmt Eisenbahnerschiedspruch an

II. Berlin, 31. Mai. Die offiziellen Erklärungen der Tarifparteien zu dem im Lohnstreit bei der Reichsbahn gefällten Schiedspruch sind am Donnerstag im Reichsarbeitsministerium abgegeben worden. Wie bereits angekündigt, haben die Gewerkschaften der Lohnregelung zugestimmt, während die Reichsbahn in Verfolg des Beschlusses des Verwaltungsrates ihre Ablehnung des Schiedspruches zum Ausdruck gebracht hat. Der zu erwartende Antrag der Eisenbahnerverbände auf Verbindlichkeitsklärung dürfte kaum vor Anfang der kommenden Woche gefällig werden, da zunächst noch eine Verständigung der Verbände untereinander erfolgen muß.

Wie erinnerlich, hat der Schiedspruch den schlesischen und ober-schlesischen Eisenbahnern ganze drei Pfennige „Zulage“ gebracht. Die Eisenbahner forderten 15 Pfennige und Beseitigung der Wirtschaftszulage. Schlesien und seine Getreuen forderten 6 Pfennige. Die Annahme des Lohnschiedspruches durch die Gewerkschaften und die zu erwartende Verbindlichkeitsklärung des Spruches in vielleicht noch verschlechterter Fassung wird der letzte Akt der Lohn-„Kampfs“-Komödie sein, wenn die Eisenbahner mit noch im letzten Moment (siehe 15) auf den Plan treten. Sofort müssen überall Versammlungen stattfinden.

Diese müssen die Ablehnung des Hungerpruches und den offenen Kampf für die aufgestellten Forderungen unter Führung selbstgenüßter Leitungen beschließen. Es ist noch möglich, den Berrat zu durchkreuzen. Eisenbahner, auf, organisiert sofort den Angriff!

## Das Bürgertum jubelt über den Verlauf des SPD-Parteitages

Berlin, 30. Mai. (Fig. Bericht.) Der Sieg der Koalitions- und Panzerkreuzerpolitik auf dem Magdeburger Parteitag der SPD, und besonders die Panzerrede des Sozialfachisten Müller, läßt das „Berliner Tageblatt“ in folgende Jubelrufe ausbrechen:

„In Magdeburg hat die sozialdemokratische Parteileitung bisher auf allen Punkten den Sieg über eine in sich freilich keineswegs einige Opposition dabongetragen. Daran haben die Ausführungen des Reichskanzlers und besonders die überzeugende Art Severings entscheidenden Anteil, der die politischen Gesichtspunkte über die Bedürfnisse der starren Orthodoxie stellte, die ihren Gedankenwortschatz immer immer aus den Zeiten nimmt, da die Sozialdemokratie in der Opposition nicht gegen eine Regierung, sondern gegen den Staat als solchen stand. Ihre Wirkung wurde ergänzt durch das Referat Dreifaltigs über die Politik der Reichstagsfraktion, das in der Forderung gipfelte, weniger Resolutions-, mehr Resolutheit, auch zu Entscheidungen, die vorübergehend unpopulär erscheinen. Das Ergebnis liegt zunächst darin vor, daß der Panzerkreuzer für den Parteitag „spurlos verjährt“ wurde, dann aber in der Annahme des Behauptungsprogramms.“

## Klassenurteil gegen die „Rote Fahne“:

# 18000 Mark Geldstrafe oder 900 Tage Gefängnis

Die Angeklagten prangern die Blutschuldigen des 1. Mai an

Berlin, 31. Mai. Kurz vor Schluß der Redaktion erhalten wir aus Berlin nachstehenden Drahtbericht:

Gestern wurde vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte ein Prozeß gegen die verantwortlichen Redakteure der „Roten Fahne“, die Genossen Norden, Hirsch und Schrader, abgewickelt. Zu dem Prozeß war die Arbeiterschaft stark erschienen. Die Anklage richtet sich gegen 30 in der „Roten Fahne“ veröffentlichte Artikel, in welchen zur Durchbrechung des Demonstrierens verboten wurde, in welchem gleichzeitig erklärte die Staatsanwaltschaft im Abdruck einer Menge Resolutionen von Delegierten und Zitate aus sozialdemokratischen Blättern eine „Aufforderung zum Widerstand“. Der Staatsanwalt beantragte gegen jeden Angeklagten 5 Monate Gefängnis. Das Urteil lautete auf je 6000 Mark Geldstrafe, oder für je 20 Mark einen Tag Haft.

Der Angeklagte Norden erklärte im Namen sämtlicher Beschuldigten, daß sie die presserechtliche Verantwortung übernehmen. Der Prozeß sei ihm ein willkommenes Anlaß, die Schuld derjenigen festzumachen, die aus parteipolitischen Gründen am 1. Mai ein Blutbad unter der Arbeiterschaft angerichtet haben. Der Redner erinnerte an die Wahldemonstration im Jahre 1908, wo die sozialdemokratischen Führer die Arbeiterschaft aufgefordert haben, trotz des Verbots des damaligen Berliner Polizeipräsidenten, gegen das Dreiklassenwahlrecht zu demonstrieren. Damals ist von keiner Staatsanwaltschaft Anklage erhoben worden, dazu bedarf es erst des republikanischen Deutschlands und der bürgerlich-sozialdemokratischen Koalitionspolitik. (Beifall im Zuhörerraum.) Norden schloß mit den Worten: „Das Blut der 27 Gefallenen liegt an den Händen der Herren Polizeipräsidenten.“

Der zweite Angeklagte Hirsch wandte sich gegen die lächerliche Behauptung der bürgerlichen Presse, daß die Führer die Massen bei der Demonstration im Stich gelassen hätten und gegen den Verleumdung von der Hand Moskaus. Für die Parole „Straße frei am 1. Mai“ habe es keiner Anordnung aus Moskau bedurft. Unter großer Bewegung der Zuhörerschaft betonte Hirsch noch, daß die Sozialdemokratie das Blutbad gewollt hat. In einer Funktionärerversammlung habe der preussische Ministerpräsident Dr. Braun erklärt: „Selbst wenn es am 1. Mai Tote gibt, ist das im Hinblick auf die Pariser Verhandlungen nicht übel.“

## Die deutsche Kapitulation in Paris Völliger Rückzug vor den Forderungen der Entente

Nachdem am Mittwochabend in Paris die Einigung über die Ziffern der Reparationsverpflichtungen Deutschlands erfolgte, beschäftigten sich die Sachverständigen-Delegationen der Ententemächte nimmend mit den deutschen Vorbehalten. Dieselben beziehen sich hauptsächlich auf die Frage des Aufbringungs moratoriums, die Höhe des transferfreien Teiles der Annuität, die Freigabe der Reparationshypothek, die auf Grund des Dawes-Planes der Reichsbahn auferlegt wurde, und die Ausbringung der letzten 21 Annuitäten. Die Berliner Regierungspresse stellt einseitig fest, daß gemäß den Ziffern und Zahlungsbedingungen, über die man sich gestern geeinigt habe, Deutschland nunmehr 37 Annuitäten mit einer durchschnittlichen Höhe von 2050 Millionen Mark, wie dies der Young-

# Der SPD-Parteitag im Zeichen des Sozialimperialismus

In der Mittwoche kam nach Crispians Abstufungsbeurteilung... Die ist Unklarheit, die Demokratie abzurufen, während die reaktionären Staaten... „als nächster Sozialimperialist der „kleine Metallarbeiter“ Eberling zu Wort.

Seine Rede war eine patriotische Eigenleistung. Er drückte die Reichswehr und ihren Eroberer an sein Herz und erklärte, daß Demokratie mit dem Charakter einer soldatischen Truppe nicht vereinbar sei, darum könne keine Demokratisierung, sondern nur eine Republikanisierung der Reichswehr durchgeführt werden. Der oberste Chef Jörgiebel, der Führer des Reichswehrlagers und Mann aus Mellefeld schied ein Lob für den Geist der Jörgiebel-Politik in seine Rede ein, um dann von „allen Republikanern“ den moralischen Kredit neben dem finanziellen für die Reichswehr zu fordern. Landesverteidigung sei eine notwendige Sache, meinte Herr Eberling, und begründete das mit Erinnerungen an seiner Teilnahme an der Organisation des „Schutztrupps des Ostens“ in den Jahren 1920/21 — dem trägen Kapitel seiner Forderung der schwarzen Feinde-Reichswehr.

Eberling sprach vor dem Parteitag mit den fechtesten und plattesten Agitationsphrasen, und je arbeiterfeindlicher seine Rede wurde, desto stärker kam der Beifall seiner Sozialfaschisten. So applaudierte der Parteitag gerade an dem Punkt zustimmend, wo der Staatsmann Eberling über die Notwendigkeit für jede Regierung zum scharfen Vorgehen gegen eine Bewaffnung des Proletariats sprach, ohne die schon vorhandene Bewaffnung des Stahlheins und anderer faschistischer Verbände zu erwähnen.

Herr Breitfeld, der in den letzten zwei Stunden der Mittwoche den Reichstag besuchte, trat gleich Eberling als „Staatsmann“ der deutschen „Volkrepublik“ auf. Mit eleganter Pose und schauspielerischen Mähchen hielt er über den Parteitag hinaus eine Rede an die Adresse der kapitalistischen Koalitionspartner der SPD. Seine Rede zeigte in klassischer Form die engste sozialfaschistische Verbundenheit der SPD-Führung mit dem Staate des Trosskapitals. Er proklamierte den „Mut zum Ja-sagen“, zur „wirklichen Verantwortung in der Politik“, die bei Koalition oder parlamentarischer Opposition die gleiche Grundlinie beibehalten.

Breitfeld vertrat dann die Jückerzollerhöhung, die Steuererleichterung für die Besitzenden durch die Hilsferding-Anleihe, den Nachschub des Reichswehretats, wandte sich gegen die Herabsetzung der Altersgrenze in der Invalidenversicherung und sprach über die Bereitschaft der SPD, aus, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu erhöhen und „vorhandene Mißbräuche zu beseitigen“. Er kündigte neue Massensteuern an.

Antikommunistische und Proklamierung des Hauptkampfes gegen den Bolschewismus bei der Eröffnung des Parteitages, Beschluß zur Fortsetzung der Panzerkreuzer- und Koalitionspolitik, Annahme des sozialimperialistischen Kriegsprogramms, — nach allen diesen Ereignissen des Parteitages des Sozialfaschismus konnte auch die provokatorische Dege gegen die Sowjetunion nicht fehlen. So erklärte Breitfeld im Sinne der englischen konservativen Kriegstreiber von der Parteitagstribüne herab: „Wird die Sowjetunion als ein Kulturstaat gelten, so muß sie sich entsprechend in ihren Beziehungen zu den anderen Staaten einrichten, und nicht wie durch die Moskauer Rede vom 1. Mai handeln.“ Im gleichen Atemzuge höhnte Breitfeld über die Behauptung, daß ein neuer deutscher Imperialismus existiere. Sei wirklich verantwortlicher Politik müsse man auch den Mut zur vorübergehenden Unpopulartät haben, selbst, wenn die Arbeitermassen die SPD-Politik zeitweilig nicht ganz verstehen würden, — verkündete der Staatsmann Breitfeld unter dem Beifall des Parteitages. Das ist das Dokument, die diffamatorische Blutpolitik der sozialdemokratischen Röberpartei gegen die revolutionäre Arbeiterschaft nach diejen: Magdeburger Parteitag mit zynischer Konsequenz fortzusetzen.

## Der „Rote Wähler“ verboten! Auf Befehl der Bourgeois-Presse

Durch das Verbot der „Roten Fahne“ ist den kommunistischen Abgeordneten jede Möglichkeit genommen, ihre Wähler über Vorgänge im Reichstag und über die Pläne der Regierung zu unterrichten. Die kommunistische Reichstagsfraktion hatte darum beschlossen, ihr bereits früher schon einmal erschienenen Mitteilungsblatt als „Rote Wähler“ herauszugeben. Nachdem die erste Nummer heraus war, erschienen heute vormittag in der Friedrichstraße-Druckerei Kriminalbeamte des Herrn Jörgiebel und erklärten, daß der „Rote Wähler“ verboten sei und beschlagnahmen die Restauslage. Bei der Maßnahmen Jörgiebel handelt es sich nicht nur um einen politischen Akt, sondern um einen direkten Verfassungsverstoß. Nach der Verfassung haben die Abgeordneten das Recht, mit ihren Wählern in Rändiger mündlicher und schriftlicher Verbindung zu bleiben. Von diesem Recht machen die kommunistischen Abgeordneten durch Herausgabe des „Roten Wählers“ Gebrauch. Die Begründung Jörgiebel's, daß der „Rote Wähler“ ein Erziehungsblatt der „Roten Fahne“ sei, ist geradezu an den Haaren herbeigezogen. Tatsache ist, daß die „Rote Fahne“ täglich erscheint, der „Rote Wähler“ jedoch nur in gewissen Zeitabschnitten. Tatsache ist, daß der „Rote Wähler“ lediglich Artikel enthält, die von Abgeordneten geschrieben und gezeichnet sind und sich nur mit den Vorgängen im Reichstag und den Fragen der Reichspolitik befassen.

Der Polizeipräsident Jörgiebel hat mit diesem Verbot erneut bewiesen, daß er jedem Befehl der Truppbourgeoisie und ihrer Presse sofort nachkommt. In ihrem Mittwoch-Abendblatt hegt nämlich die „Berliner Arbeiterzeitung“ in einer Notiz „Erfolg des Erfolges“ gegen die kommunistischen Blätter, die den Berliner Abonnenten der „Roten Fahne“ an Stelle derselben zugestellt werden. Mit Jubel begrüßt sie das Verbot des „Klassenkampfes“ und gibt Jörgiebel einen Wink, auch die Magdeburger „Tribüne“ zu verbieten, die jetzt den Berliner Arbeitern als Ersatzblatt geliefert wird. Koller Hobu schreit sie, nachdem sie vorher bezeichnenderweise den Lügen-„Borwärts“ den Arbeitern empfiehlt:

„Wenn das Schicksal weiter seinen Lauf nimmt, werden so allmählich alle Orte in der weiteren Umgegend Berlins, die sich des Glückes einer kommunistischen Zeitung erfreuen, abgerafft sein.“ Das Verbot des „Roten Wählers“ bedeutet einen weiteren Schritt zur Mundstummmachung der kommunistischen Reichstagsabgeordneten und der SPD. Unsere Reichstagsfraktion wird den härtesten Kampf gegen diese neue sozialfaschistische Handlung Jörgiebel's und der sozialdemokratischen Minister führen.

# Für Kontordat und neue Massensteuern

Hilsferding proklamiert das „dauernde Interesse der Arbeiterklasse“ an der Koalitionspolitik — Otto Braun verteidigt sein Kontordat

Magdeburg, 30. Mai.

In der Donnerstagvormittagsitzung des SPD-Parteitages sprach als erster Diskussionsredner Stamper-Berlin. Er sei Koalitions-anhänger, dennoch müsse er den allgemeinen Koalitions-Lapenjammer feststellen. Es hätte vieles im letzten Jahre anders sein können, besonders auf dem Gebiete der Finanzpolitik hätte man manches verhindern können. Er erwarte, daß nach den Ausführungen Breitfeld's die Arbeitslosenversicherung „nicht wesentlich verschlechtert“ (!) werde.

Muffhauer-Berlin: Die Art, wie im vergangenen Jahre regiert worden sei, könne keine besondere Zustimmung finden. Es erregte aber den Unwillen der Mitgliedschaft, wenn die Minister kampflös das Feld räumen. Bei der Nordwest-Ausperrung sei durch Einspruch der sozialdemokratischen Koalitionspartner die Unterstützung für die Ausgesperrten abgelehnt worden. Gegen die SPD wäre der Panzerkreuzerbeschlus nicht möglich gewesen. In Genf habe die deutsche Delegation gemeinsam mit der englischen Delegation für die Verschlechterung des Washingtoner Abkommens gestimmt, was noch nicht einmal die italienischen Vertreter getan hätten. Fasse der Parteitag keinen Beschluß zur Sozialpolitik, so seien die Fälle der „Ueber-taschungen“ noch nicht beendet.

Toni Sender: Nach den Wahlen sei niemand in der Partei grundsätzlich gegen den Eintritt in die Regierung gewesen. Die Fraktion sei oft vor vollendete Tatsachen gestellt worden, so daß sie dann weiter unter dem Druck der Situation „ja“ sagen mußte. Wenn Breitfeld von dem Mut zur Unpopulartät sprach, so kann sich das auf einen einzelnen Akt beziehen, aber nicht auf eine fortgesetzte Reihe von unpopulären Handlungen, sonst nimmt die Mitgliedschaft unter den Massen die härtesten Formen an. (Zeitsweiser Beifall.) Jollerhöhungen machen die Vohnerhöhungen illusorisch. Der Reichsernährungsminister kommt jetzt mit einem neuen, noch nicht begangenen Hochschuß für Getreide.

Anna Siemsen-Gena: Bayern besteht aus drei Vierteln aus Katholiken, Preußen sei ganz überwiegend protestantisch, da sei es keine besondere Leistung der Koalition, wenn ein Preußenkontordat anders ausfiel als das bayrische.

In einer Dunkelkammer werde der Vertrag mit der Kurie abgeschlossen.

Wenn Sollmann am ersten Tage allgemein religiöse Toleranz gepredigt habe, so sei es richtig, daß die Sozialdemokratie nicht nach der Zugehörigkeit ihrer Mitglieder zu einer Kirche frage, aber es werfe sich dann die Frage auf, wenn ihre politischen Handlungen etwa von ihrer Abhängigkeit zu einer solchen Machtorganisation beeinflusst werden.

Preussischer Ministerpräsident Otto Braun (mit Beifall empfangen): Er müsse es ablehnen, auf kulturkämpferische oder religiös-philosophische Fragen einzugehen, das Kontordat sei lediglich eine organisatorische staatspolitische Angelegenheit, die nichts mit Weltanschauung zu tun habe. Zudem kommt im ganzen Vertrag das Wort Kontordat nicht vor. (Gelächter.) Man müsse nicht erklären, daß das Kontordat mit dem Interesse der Partei unvereinbar sei, wenn man nicht seinen Inhalt kenne. Nicht die Partei, sondern die Regierung schließe das Kontordat ab. Darum könne er auch keine Mitteilung über den Inhalt der Verhandlungen von Macht zu Macht geben. Die Schule komme im Vertrage nicht vor, nach Fertigstellung des Vertrages werde die Landtagsfraktion in Kenntnis gesetzt werden. Die Zumutung an die Delegierten des Parteitages, sich gegen ein Kontordat zu wenden, dessen Inhalt sie nicht kennen, sei noch mehr, als Moskau seinen bezahlten Kamelufen zumutet. (Beifall der Kontordatssozialisten.)

Petrid-Gera: Habe Breitfeld die Koalition eine kameradschaftliche genannt, so seien aus ihr nur Missetaten hervorgegangen, die schlimmste sei die steuerfreie Anleihe zugunsten der Besitzenden. Im Sommer oder Herbst seien neue Steuervorlagen zu erwarten.

Adam-Hamburg: Durch das Kontordat sollen Bismarck und Erz-Bismarck kommen, die unbedingt eine Macht-verteidigung zugunsten des Zentrums darstellen. Eberling habe das Berufsausbildungsgezet im gleichen Wortlaut vorgelegt, wie der Bürgerblock: mit allen seinen Ausnahmestimmungen gegen die Lehrlinge und zugunsten der reaktionären Handwerkskammern.

So mann-Duisburg: Die Schaffung weiterer Distrikte bedeute neue Machtzentren für den Kern in Westdeutschland.

Löbe (Reichstagspräsident): Die Kommunisten könnten bei ihrer unverantwortlichen Politik drei Milliarden weitere Ausgaben für den Sozialetat usw. vorschlagen, ohne nach der Zahlung zu fragen. In dem Lande, wo sie die Regierungsverantwortung besitzen, in Sowjet-russland, sehe man bei der Arbeitslosenunterstützung, der Durchführung der Lebenshilfe, bei dem herrschenden Polizeiterrors, des bestehenden Wohnungsmangels und der roten Proklarie das Gegenteil. — Nach dieser antikomunistischen Dege folgte Löbe für enge wirtschaftliche Bindungen und den Abschluß des Handelsvertrages mit Polen ein. Die Sozialdemokraten müßten künftig den Wählern klarer machen: ihre Forderungen seien das Ziel, die Möglichkeit ihrer Durchsetzung hänge aber von der Schaffung der Vorbedingungen ab. Man müsse sich in der nächsten Zeit auf kleine Erfolge beschränken.

Fleißner-Dresden: Die Frage von der Kapitalbildung habe zu großer Enttäuschung für den Besch geführt, die Umsatzsteuer, die unmittelbare Massenbelastung, werde in Hilsferding's Finanzpolitik in nächster Zeit eine große Rolle spielen.

Reichsfinanzminister Hilsferding: Nach den Wahlen habe er auf die Schwierigkeiten hingewiesen. Renegatenhaft ätzte Hilsferding den Satz von Karl Marx, daß über den augenblicklichen Interessen der Arbeiterklasse ihre dauernden und bleibenden Interessen stehen müssen, um ihn zu verklären: das bleibende und dauernde Interesse der Arbeiterklasse sei die Teilnahme an der Koalition, der gegenüber keine Nachteile des Tages zurückzutreten müßten. Die Koalition diene der Forderung der Demokratie und der Sammlung des notwendigen Erfahrungsschatzes für den Sozialismus. Dieses dauernde Interesse überwiege alle anderen Einwände. Das

Defizit könne ohne unpopuläre Steuern gedeckt werden. Trotz ungünstiger Finanzlage und unerhörter Ausdehnung der Krise sei der Reallohn der Arbeiter im vergangenen Jahre gehalten worden. Der Beschluß des Ruhrkampfes sei ein großer Erfolg, denn die Schwer-lapitalisten hätten Eberling als Schlichter anerkennen müssen. Herr Eberling hat bekanntlich die Arbeiter nicht nur um ihre gewerkschaftlichen Forderungen, sondern sogar um die paar Pfennige Lohn-erhöhung des Hungerstreiks beraubt. Die Red.) Nach dem ersten Jahre werden die Bahnen wieder aufwärts führen. Der gefeierte Tag in Paris, der eine Entzug näher gebracht habe, sei ein Tag von historischer Bedeutung für die europäische Friedenspolitik. Die Sozial-demokratie, die die Partei der Zukunft sei, löste unter dem Zwang des Tages manchmal einen Schritt zurückgehen, um dann um so energischer vorzutreten. Die Anleihe sei billiger gewesen für kurz-fristige Gelder. Ueber die Umsatzsteuer werde er als deutscher Finanz-minister erst nach dem Pariser Ergebnis entscheiden können. Der Aus-tritt aus der Regierung wäre nur eine unnütze Defektion.

Vorhorst-Düsseldorf: Es sei ein charakteristischer Vorstoß in der ganzen kapitalistischen Welt festgestellt. Nicht nur in der Schule werde die Jugend erzogen, so daß das Kontordat auch außerhalb der Schule im ganzen gesellschaftlichen Leben wirkt. Sie endet mit dem Appell: „Enttäuschen wir Sozialdemokraten die Jugend nicht!“

Landberg-Berlin spricht über den Strafgesetzentwurf. Es seien jetzt viele Verbesserungen hinzugekommen. Die Kommunisten seien an der Nichtbeteiligung der Todesstrafe schuld, weil sie nicht für Maß Vorschlag gestimmt hätten. Da auch Fleißner nicht grundsätzlich gegen die Koalitionspolitik gesprochen hätte, beständen ja die besten Hoffnungen für Sachsen. (Gelächter.) Bis zum nächsten Parteitag sei sicher der Optimismus über die Koalitionspolitik verschwunden. Er spreche Herrn Müller im Namen des Parteitages die größte Anerkennung über den Charakter und seine Arbeitskraft aus (Beifall bei der Mehrheit des Parteitages). Das sage er, wenn auch die Minister keine glückliche Hand bei der Frage des Panzerkreuzers, der Anleihe und des Asylrechts für Tröchl gehabt hätten. Aber das seien ja nur kleine Fehler. Eine Senkung der Steuer für die Nichtbesitzenden sei ebenso wichtig wie eine Steuerentlastung für die Besitzenden (siehe Hilsferding's Ankündigung neuer „unpopulärer Steuern“). Die Red.)

Nach einer Rede von Litta-Berlin über Krankenlastenfragen wird der Beschluß der Debatte beschlossen.

## Bonjokratie beherrscht den SPD-Parteitag

Mit fetten Schlagzeilen verkündet die sozialdemokratische Presse den Sieg der Panzerkreuzerpolitik auf ihrem Parteitag. Dazu machen einige „linke“ Blätter, wie z. B. die „Leipziger Volkszeitung“, interessante Angaben, die so recht beweisen, wie dieser Parteitag absolut von der Bonjokratie beherrscht und majorisiert wird und tatsächlich keineswegs die Meinung der sozialdemokratischen Arbeiter-schaft zum Ausdruck bringt. Zu dem Stimmverhältnis von 266 gegen 138 Stimmen, die sich für das Mehrprogramm des Partei-verstandes entschieden, stellt die „L. V.“ fest:

„Eine Berechnung ergab, daß von den gewählten Delegierten etwa 187 die rotebraune Karte und 122 die weiße Karte der Oppo-sition abgegeben haben, so daß die gewählten Vertreter der Organi-sationen mit rund 43 Prozent für den Austritt aus der Regierung votierten.“ (!)

Also: bei einer Gesamtdelegiertenzahl von 397 haben 394 sich an der Abstimmung beteiligt. Darunter allein 105 Bonzen des Partei-verbandes und anderer Kooperationen, die das Abstimmungsrecht be-sitzen, o h t e von den Mitgliedern gewählt zu sein! Der Parteivorstand hatte also bei der Abstimmung nicht ein Mehr von 118 Stimmen, sondern von den von den Mitgliedern gewählten Delegierten noch nur eine Mehrheit von 45 Stimmen. Wenn man hinzurechnet, mit welcher unerhörten Entbehrung der wahren Wille der sozialdemokrati-schen Mitglieder sabotiert und die Delegierten „gewählt“ wurden, tritt noch klarer hervor, daß auf dem sozialdemokratischen Parteitag eben nur die sozialdemokratische Bonjokratie entscheidet. Dazu ge-hören selbstverständlich in erster Linie auch die „linken“ SPD-Führer, die zwar in ihrer Presse jetzt über diese Tatsachen gesehen, aber durch ihre erbärmliche Scheinopposition in Magdeburg dem sozialfaschisti-schen Parteivorstand direkt in die Hände arbeitet.

## Sichangtaishels Ueberfall auf sowjet-russisches Konsulat

Wie uns aus Schanghai gemeldet wird, hat Sichangtaishel sowohl das russische Generalkonsulat in Charbin als auch die sowjet-russischen Konsulate in Antschuli, Suifenho und Tschia-so durch seine Soldateska überfallen lassen. Ueberall wurden ein großer Teil Sowjetbeamter verhaftet und das Material der Konsulate fort-geschleppt. Die Hintergründe für diese freche Verlegung der Ge-territorialität der Sowjetkonsulate durch Sichangtaishel werden jetzt völlig bekannt. Wie „Daily Telegraph“ meldet, wollte man nicht nur „Deweismaterial“ über die Unterstützung des von Sichangtaishel ab-geschickten Generals Feng durch die Sowjetunion finden, sondern „es breche sich auch um die Zurückgewinnung der Kontrolle über die kro-natisch außerordentlich wichtige ostchinesische Eisenbahn. Man brauche schriftliche Beweise für die politischen Machenschaften der russischen Vorgesetzten, um mit ihrer Hilfe den russischen Einfluß zurück-zubringen“. Die Sowjetregierung hat bereits in Moskau gegen die Ueberfälle Protest eingelegt.

Verantwortlich: Für den politischen Teil Arthur Dombrowski, für „Recht und Welt“ und „Waldenburg“ Wilhelm Heindel, für „Werkstatt“, „Welt“ und die übrigen Beilagen Alfred Lohmann, sämtlich in Breslau. — Für den ober-schlesischen Teil Gerhard Schulz, Gleiwitz. — Für die Inzerate W. Gerber, Breslau.

**Wählt Delegierte zu der am Sonntag in Schweidnitz stattfindenden Konferenz werktätiger Frauen**

Zum 12. Parteitag der KPD.

# Der Kampf um die Mehrheit der Arbeiterklasse

Von W. Ulrich.

Die zentrale Aufgabe der KPD. besteht gegenwärtig in der Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse und in der Durchföhrung der entscheidenden Teile der Arbeiterklasse in den revolutionären Kampf. Diese Aufgaben stehen im Mittelpunkt des Diszussionsparteiorgans. Während der Klassenkampf versucht, die kommunistische Partei zu isolieren und die Arbeiterklasse zu zerlegen, muß die Partei alle Kräfte einsetzen zur Organisierung der proletarischen Klassenfront unter Führung der KPD.

In diesem Kampf Klasse gegen Klasse kämpfen auf der einen Seite alle Vertreter der kapitalistischen Wirtschaftspolitik, vom Trustkapital bis zur Sozialdemokratie. Die gemeinsame Interessenvertretung dieser Front wird unter Führung des Trustkapitals von der kapitalistischen Staatsgewalt ausgeübt. Auf der anderen Seite der Arbeiterklasse kämpfen die revolutionären Arbeitermassen unter Führung der kommunistischen Partei.

Während in der ersten Periode der Nachkriegszeit die Aufgabe der revolutionären Vorhut darin bestand, den Opportunismus in ihren eigenen Reihen zu überwinden, und die Spaltung der sozialdemokratischen Partei durchzuführen, ist gerade dadurch die Voraussetzungen geschaffen worden, daß kommunistische Internationale und ihre Sektionen zum Träger des Vereinigungsprozesses des Proletariats auf dem Boden des Klassenkampfes werden. Die Organisierung der eigenen Röhorte war die Voraussetzung zur Herstellung der Einheitsfront des kämpfenden Proletariats. Die Aufgabe der kommunistischen Partei besteht jetzt darin, die entscheidenden Schichten der Arbeiterklasse, die Massen der Betriebsarbeiter, in den Kampf zu führen. Die Einheitsfronttaktik muß ausschließlich als Einheitsfronttaktik von unten angewandt werden.

In den Jahren 1921 bis 1927 lag das Schwergewicht der Einheitsfronttaktik in den Arbeiter-Massenorganisationen. Die Partei versuchte im Rahmen der Organisation die Mehrheit der Arbeiter für den Kampf zu gewinnen, um die Bewegung dann über den ursprünglichen Rahmen hinauszutreiben und auch gegen den Willen der Leitungen den Kampf zu steigern. Inzwischen hat sich die Lage infolge verändert, als die Kampfkräfte der KPD. gewachsen sind und die Masse der Unorganisierten, der jugendlichen Arbeiter und der Arbeiterinnen zu einer bedeutenden Kraft im Klassenkampf geworden ist. Gleichzeitig ist der reformistische Gewerkschafts- und sozialdemokratische Parteiapparat immer inniger mit dem kapitalistischen Staatsapparat ver wachsen. Im Prozeß der Verschärfung der kapitalistischen Widersprüche und der Zuspitzung des Klassenkampfes veränderten sich qualitativ sowohl die Rolle der sozialdemokratischen Partei und des Gewerkschaftsapparates als auch die Formen und Methoden der Unterdrückung der Arbeiterklasse durch die kapitalistische Staatsgewalt. In dem Maße, wie die Arbeiterklasse dazu übergeht, entgegen den Gewerkschaftsgesetzen und den Gesetzen des kapitalistischen Staates selbstständig unter Führung der kommunistischen Partei den Kampf um ihre politischen und ökonomischen Forderungen zu führen, reichen die Mittel der „demokratischen“ Anbelung nicht mehr aus. In verstärktem Maße werden sowohl von der Staatsgewalt wie auch von der sozialdemokratischen Partei und vom Gewerkschaftsapparat faschistische Methoden zur Sicherung der wirtschaftspolitischen Koalitionspolitik angewendet. Das Bestreben, diese Politik auf der Linie des geringsten Widerstandes durchzuführen, veranlaßt das Trustkapital, Sozialdemokraten und Demokraten mit der Verantwortung für die Durchführung zu betrauen. (Reorganisation des Staatsapparates durch Severing, Demonstrationsverbote durch sozialdemokratische Polizeipräsidenten, Abwürdigung der Wirtschaftskämpfe durch sozialdemokratische Schlichter usw.). Offen erklärt Herr Wirth in der Zeitschrift „Die Republik“, daß die Demokraten die Vorläufer der Wähleränderungen sein müssen, weil dadurch von vornherein der Widerstand vermindert und die Faschisierung der Staatsgewalt verschleiert wird.

Die Bourgeoisie zieht also die Sozialdemokratie zur vollen Verantwortung für die kapitalistische Politik heran, um die Arbeiterklasse mit Hilfe der sozialdemokratischen und der Gewerkschaftsbürokratie zu spalten und versucht gleichzeitig, auf diesem Wege die Sozialdemokratie zu schwächen. Die Verminderung des Schwergewichtes der Sozialdemokratie macht sie gefügiger, beschleunigt ihre Entwicklung zum Sozialfaschismus, gestatte der Bourgeoisie, sie besser auszunutzen für die Durchführung ihrer Ziele. Diese Rolle der Sozialdemokratie diskreditiert aber diese Partei immer mehr in den Augen der Arbeitermassen, führt zur Loslösung sozialdemokratischer Arbeiter von der KPD. und beschleunigt die Stärkung des Massen einflusses der kommunistischen Partei. Je inniger die Sozialdemokratie mit dem kapitalistischen Wirtschaftss- und Staatsapparat ver wächst, um so rückwärtsloser versucht sie den kapitalistischen Staatsapparat zum Schutz der Sozialdemokratie und des Gewerkschaftsapparates gegenüber dem Kommunismus einzusetzen.

Diese qualitative Veränderung in der Politik der Sozialdemokratie, die auch ihren Ausdruck in der Verringerung der sozialen Basis (Verstärkung der Bürokratie, der arbeitervogelstischen und Kleinbürgerlichen Elemente) findet, erfordert auch eine taktische Wendung in unserem Kampfe um die Loslösung der sozialdemokratischen Arbeiter. Das Schwergewicht unseres Kampfes um die Mehrheit der Arbeiterklasse muß konzentriert werden auf jene Massen, die sich bisher weder für die Sozialdemokratie noch für die kommunistische Partei entschieden haben und auf die Gewinnung jener Millionen Arbeiter, die bisher der sozialdemokratischen Partei und anderen bürgerlichen Parteien ihre Stimme gaben. Die Eingliederung dieser Arbeitermassen in die proletarische Klassenfront, ihre Einbeziehung in den revolutionären Klassenkampf unter Führung der kommunistischen Partei ist die wichtigste Aufgabe, um auch eine größere Zahl sozialdemokratischer Arbeiter von der Partei des Arbeitermordes loszulösen. Gerade dadurch, daß sich unter Führung der kommunistischen Partei die proletarische Klassenfront im Kampfe formiert, und die SPD. isoliert, werden die sozialdemokratischen Arbeiter klar vor die Entscheidung gestellt: für die reformistische Streikbrüchertum und den sozialdemokratischen Arbeitermord oder für den revolutionären Kampf um Verbesserung der Lebensbedingungen, für den Sturz der kapitalistischen Staatsmacht, für die Diktatur des Proletariats.

Ebenso wie die Bourgeoisie in der Staatsgewalt die Exekutivorgane gegen die Arbeiterklasse besitzt, so muß das Proletariat organisierte Formen zur Durchführung des Klassenkampfes gegen die kapitalistische Staatsgewalt herausbilden. Während früher die Vorbereitung der ökonomischen und politischen Kämpfe im Rahmen der bestehenden Massenorganisationen geschah und die Hauptkraft auf das Weiterstreben der Bewegung konzentriert wurde, muß jetzt von vornherein selbstständig der Kampf organisiert werden, und es ist deshalb notwendig, schon in der Vorbereitung der Bewegung Organisationsformen zu schaffen. Solche Formen sind die Arbeiterdelegiertenkonferenzen, vorbereitende Ausschüsse und dergleichen. Alle diese Einheitsfrontorgane müssen auf der Basis der proletarischen Demokratie selber werden. Sie müssen Massenorgane sein und die Fähigkeit haben, das Maximum der Kampfkräfte der Arbeiter zu entwickeln. Die Kampfleitungen, Streikleitungen, Aktionsausschüsse, Selbstschutzorgane

usw., die während der Vorbereitung und Durchführung der Bewegungen gebildet werden, sind in der gegenwärtigen Situation teilweise Organe zur Durchführung bestimmter Aufgaben. Nach Erfüllung dieser Aufgaben oder nach Abbruch der Bewegung lösen sich die Organe auf und werden erst bei Vorbereitung und Führung der kommenden Bewegung aufs neue gewählt. Durch die Schaffung solcher Einheitsfrontorgane, die die Aktivität der breiten Arbeitermassen, insbesondere der Unorganisierten, der Arbeiterinnen und der jugendlichen Arbeiter entwickeln und die Rohkraft des proletarischen Willens in den Betrieben wesentlich verstärken, werden auch die Voraussetzungen geschaffen zur Verstärkung und Ausbreitung des Einheitsfrontorgans der kommunistischen Partei. Deshalb ist es notwendig, daß die Kampfleitungen nicht nur auf breiter Basis gewählt werden, sondern auch eine größere Zahl von Arbeitern umfassen. (In Großbetrieben mit 1000 Arbeitern etwa 50 Arbeiter oder mehr, in Kleinbetrieben mit 500 Mann soll die Kampfleitung 20 bis 30 Mitglieder umfassen. Es ist selbstverständlich, daß dann ein engeres Exekutivorgan von der Gesamtleitung gewählt wird.)

Diese Kampfleitungen, Aktionsausschüsse usw. sind nicht ausschließlich Organe des ökonomischen Kampfes, selbst dann, wenn die Bewegung auf Grund ökonomischer Forderungen eingeleitet wird. Diese Einheitsfrontorgane sollen zu Organen des politischen Massenkampfes werden, sie sollen den Arbeitermassen jene elementaren Erfahrungen vermitteln, die sie befähigen, in der Zeit des unmittelbaren Machtkampfes politische Arbeiterräte zu bilden. Die Kampfleitungen können deshalb auch nicht ersetzt werden durch den Betriebsrat. Die Funktion der Betriebsräte besteht hauptsächlich in der Vertretung der Arbeiterinteressen im Betrieb, während die Kampfleitungen usw. Organe des allgemeinen proletarischen Klassenkampfes sind. Es ist wohl notwendig, eine möglichst große Zahl revolutionärer Betriebsräte in die Kampfleitungen zu wählen, aber die überwiegende Mehrheit der Mitglieder dieser Leitungen muß aus aktiven Arbeitern bestehen, die nicht Betriebsräte sind. Die Wahl von Kampfleitungen und Streikleitungen ist auch dort notwendig, wo die revolutionäre Opposition die Mehrheit in der Gewerkschaftsorganisation hat. Gerade im Interesse der Vorbereitung und Vertiefung unseres Einflusses ist es notwendig, in diesen Fällen auf demokratische Weise die Streikleitungen in allgemeinen Belegschaftsversammlungen zu wählen. Die Aufgabe der Gewerkschaftsfunktionäre besteht eben darin, sich durch vorbildliche Vertretung der Arbeiterinteressen das Vertrauen zu erwerben und dadurch in die Streikleitungen gewählt zu werden.

Sowohl die Wirtschaftskämpfe wie die Maikämpfe zeigen eine Unterdrückung der Bedeutung dieser Einheitsfrontorgane durch die Parteifunktionäre. Vielfach wurden solche Organe gebildet, aber sie trugen nur einen formellen Charakter. Statt die Aktionskraft der

Kampfleitungen und der Arbeitermassen richtig auszubilden und zu steigern, diese Organe zu vollständig führenden Organen der Arbeitermassen zu entwickeln, wurden sie oftmals nur zur Versammlungsleitung und ähnlichen Funktionen herangezogen. Diese Fehler zeigen eine falsche Einschätzung der Rolle dieser Einheitsfrontorgane.

Gegen diese Anwendung der Einheitsfronttaktik nehmen die Versöhner offene Stellung. Ihre Hauptfehler bestehen darin, daß sie sich den Stimmungen der rückwärtigen Teile der Arbeiterklasse anpassen, die Organisierung der Massenbewegung in Anlehnung an die Sozialdemokratie erstreben und an Stelle der organisierten Durchbrechung des Polizeiterrors den Appell an die Staatsgewalt zur Aufhebung der Unterdrückungsmaßnahmen stellen. In der Berliner Bezirksleitungslösung erklärte Genosse Deter, daß die Partei die Betriebsrätewahl-Ergebnisse über sich hat und sagte: „Wir haben jetzt den Arbeitern solche große Aufgaben gestellt, die sie nicht durchführen können.“ Die Unterdrückung der Kampfleitungen läßt die Versöhler nicht erkennen, daß die Maikämpfe ein Schritt vorwärts sind in der Umwandlung der Sympathien der Arbeiter für unsere Partei, wie sie bei den Betriebsrätewahlen zum Ausdruck kamen, in die revolutionäre Tat. Weltlich aber diese Umwandlung der Sympathien in Aktionsenergie nicht gleichmäßig und nicht in allen Betrieben vollzog, deshalb jammern die Versöhler resigniert über die zu großen Aufgaben, die wir angeht, den Arbeitern gestellt haben sollen. In Wirklichkeit wollen die Versöhler die organisierte Aktion zur Durchbrechung der Demonstrationsverbote ersetzen durch allgemeine Agitation in Form von Forderungen an Regierung und Polizeigewalt. Genosse Deter sagte: „Die Antwort der Partei auf das Demonstrationsverbot war nicht gehörend auf die Forderung: Aufrhebung des Verbotes einzuführen.“ Die Versöhler wollten also die Illusion bei den Arbeitern erwecken, daß es möglich ist, auf anderem Wege als durch organisierte Durchbrechung des Verbotes das Verbot in der Tat aufzuheben. Außerdem forderten die Versöhler, daß die Partei die Lösung ausgibt: „Gleich in die Gewerkschaftsversammlungen, denn dann hätten bei anschließender Demonstration auch die Sozialdemokraten Präge bekommen.“ Eine solche Politik hätte direkt die sozialdemokratischen Arbeiter in der Auffassung gestärkt, daß außerhalb der sozialdemokratischen Partei keine Kraft vorhanden ist, Maßnahmsgebungen durchzuführen. Bei einer solchen Taktik hätte nicht die kommunistische Partei die führende Rolle in den Maidemonstrationen gehabt, sondern tatsächlich wäre die SPD. als die führende Organisation in Erscheinung getreten. Gleichzeitig hätte das bedeutet die völlige Desorganisation und Verhinderung einer selbstständigen Demonstration der Arbeitermassen in den Straßen Berlins. Die Aufgabe der Partei besteht in der gegenwärtigen Situation darin, die Sozialdemokratie zu isolieren, die breiten Massen zur selbstständigen Kampfführung unter Leitung der kommunistischen Partei zu erziehen, den Massen in jeder Hinsicht zum Bewußtsein zu bringen, daß die sozialdemokratische Partei eine bürgerliche Arbeiterpartei ist, die sich immer mehr zum Sozialfaschismus entwickelt. Die Taktik der Versöhler behauptet die Sabotage der Einheitsfronttaktik von unten und die Anlehnung an die sozialdemokratische Partei.

Die Frage des Kampfes um die Formierung der proletarischen Klassenfront ist gegenwärtig eine der wichtigsten Fragen unserer Taktik. Während die Bourgeoisie bestrebt ist, durch Organisationsverbote die organisierte Kampfkräfte der Arbeiterklasse zu zerstören, muß die kommunistische Partei im verstärkten Maße alle Kräfte einsetzen, um auf breiterer Basis als bisher die Arbeitermassen in den Kampf zu führen und zu diesem Zweck Organe des proletarischen Klassenkampfes herauszubilden, die getragen sind vom Kampfmitteln der Massen des Proletariats.

# Verhandlungen in der Textilindustrie gescheitert!

Breslau, 31. Mai.

Die Telegraphen-Union meldet: Der Schlichter der Provinz Schlesien, Philipp, hat nunmehr in den Arbeitskonflikt in der schlesischen Textilindustrie eingegriffen und die Parteien zu Donners-tag nach Breslau zu einer unverbindlichen Aussprache geladen, die aber erfolglos blieb. Der Schlichter gibt darüber folgende Mitteilung aus:

„Auf Einladung des Schlichters für den Bezirk Schlesien sollte heute in Breslau neue Verhandlungen zwecks Beilegung der Ausrüstung in der schlesischen Textilindustrie stattfinden, und zwar mit dem Ziele, daß mit Zustimmung beider Parteien die Schlichterkammer einen Vergleichsvorschlag ausarbeitet.“

Die Parteien waren erschienen und gaben die Arbeitgeber die Erklärung ab, daß sie sich dem Vorschlag des Schlichters fügen.

Die Arbeitnehmer erklärten, daß sie wohl zu Verhandlungen bereit wären, jedoch der Einsetzung einer Schlichterkammer zurzeit (!) nicht zustimmen können.

Da der Schlichter eine Verhandlung ohne das Ziel, die Streitfragen an einer Schlichterkammer zu beenden, für zwecklos hielt, wurde die Sitzung ohne Ergebnis geschlossen. Der Kampf geht also weiter.“

## Reformisten bewilligen Streikbrecherarbeit

In den Betrieben Landeshuts wird verhältnismäßig viele „Notstandsarbeit“ gemacht. Dadurch ist es den Unternehmern möglich, die dringendsten Aufträge zu erledigen. Die „Notstandsarbeit“, die sich praktisch als Streikbrucharbeit auswirkt, wird anstandslos von der reformistischen Streikleitung bewilligt. Wie lau die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten sind, geht aus einem ihrer Platanensprüche hervor. Darin wird gesagt, daß es Absicht der (reformistischen) Streikleitung sei, „den Kampf anständig zu führen“.

## In Neustadt werden vergeblich Streikbrecher gesucht

Der Unternehmer Pinius, Inhaber der Firma Frankel, in Neustadt, hat ebenfalls die gesamten Textilarbeiter, etwa 1800, ausgeperrt. Da er aber verschiedene Arbeiten zu verrichten hat, versucht dieser Reichsbannermann mit allen Mitteln, Arbeiter zum Streikbruch zu bekommen. Er schickt den einzelnen Arbeitern Briefe in das Haus, in denen sie aufgefordert werden, zu den alten S und g Bedingungen zu arbeiten. Natürlich ist die Neustädter Arbeiterfront viel zu vernünftig, um diesem Arbeiterhinder zu folgen. Bis jetzt hat sich ein einziger (!) Streikbrecher gemeldet, und zwar der Faschist Colawa. Dieser versuchte auf Umwegen in die Fabrik hineinzukommen. Als er von einem ausgeperrten Arbeiter zur Rede gestellt wurde, wurde er tödlich und versucht, den Arbeiter niederzuschlagen. Natürlich scheiterte das an dem Widerstand der Neustädter Textilarbeiter, die dem Faschistenhaupteingang ordentlich das Fell gerben.

Auch am Mittwoch früh versuchte dieser Dursche, der Mitglied des Stahlhelms ist, in die Fabrik zu gelangen. Der Fabrikbesitzer, der Mitglied des Reichsbanners ist, hatte zu diesem Zweck die Polizei heranzufen lassen, um so die sogenannten Arbeitswilligen, oder besser gesagt Streikbrecher, zu schützen. Daß die ausgeperrten Textilarbeiter den Colawa nicht mit Glacéhandschuhen anfingen, war verständlich.

Die „Neustädter Zeitung“, ein Organ der Zentrumspartei, hezt in unverschämter Weise gegen die Ausgeperrten. Dabei ist zu bemerken, daß der größte Teil der ausgeperrten Textilarbeiter Mitglieder der christlichen Gewerkschaft sind. Das Verhalten der „Neustädter Zeitung“ stellt die christliche Gewerkschaftsbürokratie in das rechte Licht. Es zeigt sich wieder einmal, daß Faschisten, christliche und reformistische Gewerkschaftsbürokraten ein Herz und eine Seele sind. Auch das „Neustädter Stadtblatt“, ein kommunistisches Blättchen hezt in unverschämter Weise gegen die Streikenden. Wir empfehlen den ausgeperrten Textilarbeitern, diese Blätter im großen Bogen aus dem Hause zu werfen und dafür die „Arbeiter-Zeitung“ zu abonnieren.

Der Umstand, daß die Textilunternehmer ohne weiteres dem Vorschlag des Schlichters zustimmen, zeigt, welch großes Vertrauen sie zu dem Schlichtungsverfahren haben. Sie haben auf Grund der bisherigen Erfahrungen auch allen Anlaß dazu. Die Gewerkschaftsführer sind grundsätzlich ebenfalls bereit, sich einem Schlichtungsverfahren zu unterwerfen. Sie halten lediglich den Zeitpunkt noch für zu früh. Sie wollen erst abwarten, bis durch eine längere Kampfdauer die Textilproleten zermürbt und zur Annahme eines faulen Kompromisses geneigter werden. Vorläufig ist ihnen die Kampfstimmung der Arbeiter noch zu gefährlich.

Aufgabe der Textilproleten ist es, die durchsichtigen Pläne der Gewerkschaftsbürokraten zunichte zu machen. Die in allen Betrieben zu wählenden Kampfleitungen müssen u. a. dafür sorgen, daß auch die Unorganisierten eine Unterstützung erhalten (von der Gewerkschaft, durch Anträge in den Kommunen, durch Sammlungen.) Durch Heranziehung der Unorganisierten in die allgemeine Kampffront wird es möglich sein, das Wölschen der Kampfstimmung zu verhindern und trotz Gewerkschaftsbürokratie und Schlichter in Offensive gegen die Unternehmer zu bleiben.

Nieder mit der Schlichtungspraxis!  
Her mit 15 Pfennig Löhnerhöhung und 30 Prozent Arbeitslohnzuschlag.  
Vorwärts unter Führung selbstgewählter Kampfleitungen, ohne Rücksicht auf die Maßnahmen der Schlichtungsinstanzen und Gewerkschaftsbürokraten!

Über die Lage im Kampfgebiet gehen uns folgende Arbeiter-Korrespondenzen zu:

## Lenin und sein Werk

Von N. Krupskaja

Die kommunistische Partei zählt in Rußland eine Million dreihunderttausend Mitglieder. Aber die Partei ist nicht nur stark, weil sie viele Mitglieder hat. Ihre Kraft liegt darin, daß sie eine starke kameradschaftliche Vereinigung ist, die in ihrer Gesamtheit wichtige Entscheidungen fällt und dieselben durch ihre Gesamtheit in die Tat, in die Praxis des täglichen Lebens umsetzt.

Die kommunistische Partei hat sich ein gewaltiges Ziel gesetzt, das alle ihre Mitglieder anfeuert und mitreißt. Dieses Ziel ist eine Gesellschaftsordnung zu erreichen, in der es keine Ausbeutung, keine Beugung, keine Unterdrückung mehr gibt, in der jede Ungerechtigkeit unmöglich wird, in der alle Menschen gleich sind und in der niemand dem anderen das tägliche Brot aus den Händen reißt. Die Partei kämpft dafür, daß alle satt werden, sie kämpft für die Gesundheit, für die Bildung aller, für ein frohes, heiteres Leben, für den Sozialismus. Die Partei kämpft mit allen Unterdrückern, mit allen Kapitalisten, mit allen Großgrundbesitzern um diese ihre Ziele. Sie arbeitet, ohne auch nur einen Augenblick die Hände in den Schoß zu legen, um das alte häßliche Leben zu überwinden und um das neue Leben zu gestalten. Die Partei verteidigt die Interessen der Arbeiter und aller Werktätigen. Sie führt sie auf den Weg des Kommunismus.

Das Mitglied der Partei muß das Wohl der Allgemeinheit höher stellen als sein eigenes, muß Opfer bringen für die Allgemeinheit.

Die Partei besteht schon fast 30 Jahre. Ihr erster Kongreß war im Jahre 1898. Damals war es nur eine kleine Schar Revolutionäre, die sich aber nicht schonte — sie gingen ins Gefängnis, in die Verbannung und in den Tod. Und trotz aller Verfolgungen erstarkte die Partei. In der Zeit der Revolution 1905 fielen viele Opfer, aber die Partei blieb und 1917 verhalf sie den werktätigen Massen zum Sieg. Jetzt arbeitet die Partei ohne Rast daran, ein besseres Leben aufzubauen und den Sozialismus zu verwirklichen.

Jeder Arbeiter, jeder Bauer kennt den Namen Lenin. Doch nicht jeder Arbeiter weiß, daß Lenin sein ganzes Leben hergab, um die Partei zu schaffen und zu stärken. Er wußte, welche Kraft die Organisation ist, er wußte auch, daß ohne Organisation die Arbeiterklasse nicht siegen kann.

Die ersten Schritte nach der Gründung der Partei waren besonders schwer. Mit den größten Schwierigkeiten gelang es, den ersten Kongreß zustande zu bringen. Auf dem ersten Kongreß kamen nur sehr wenige Delegierte zusammen und auch sie wurden gleich danach verhaftet.

Fünf Jahre vergingen, bis es gelang, den zweiten Kongreß einzuberufen. Was hatte Lenin für Mühe, diesen zweiten Kongreß vorzubereiten. Er knüpfte Verbindungen an, schrieb Briefe. Er fuhr ins Ausland, um dort eine Zeitung zu schaffen, die dann heimlich über die Grenze nach Rußland geschafft wurde. Die Zeitung bereitet die Vereinigung aller Revolutionäre vor. Eine ganze Broschüre schrieb Lenin darüber, wie insgeheim eine Partei geschaffen wird, unerkannt vom Zarismus („Was tun?“). Diese Broschüre hatte eine große Bedeutung.

Auf dem zweiten Kongreß wurde ein Programm angenommen und der Plan der Arbeit festgelegt. Und später arbeitete Lenin noch 20 Jahre und sorgte dafür, daß die Partei den richtigen Weg ging. Immer mehr entwickelte sich die Arbeit, immer enger und fester wurde das Bündnis mit den Arbeiter- und Bauernmassen. Würde die Partei nicht gewesen, so würden bis auf den heutigen Tag noch die Kapitalisten und Großgrundbesitzer bei uns herrschen.

Die Geschichte der Partei ist unzertrennbar verbunden mit dem Namen Lenin. Nach seinem Tode setzte die Partei mit verstärkten Kräften die Arbeit fort, um sein Werk zu vollenden. Immer neue Kräfte sammeln sich in ihren Reihen. Die Unterdrückten der ganzen Welt sammeln sich unter Lenins Banner in den kommunistischen Parteien der einzelnen Länder und kämpfen nach seinen Lehren für sein Ziel: für den Sieg der werktätigen Massen auf der ganzen Welt.

### Niesenschätze im Polareis

Es scheint jetzt, daß die zahlreichen Südpol-Expeditionen zu einem praktisch überaus wichtigen Ergebnis geführt haben. Seit der Expedition von Shackleton weiß man, daß sich im Bereich des Beardregletschers ein Kohlenfeld befindet, das eine Ausdehnung von 2000 Meilen erreicht. Sir David, Geologe an der Universität Sidney, hält es für das größte unerforschte Kohlenfeld der Welt. Möglicherweise sind im Polareis noch andere Schätze verborgen. Die Steinede unter der Kohleschicht

ist ihrer Natur nach der Föhrung von metallischen Mineralien günstig, so auch Gold. Bereits heute ist die Goldgewinnung in den Eisgebieten Alaskas dieselbe wie in Feuerland an der Südspitze Südamerikas. Man erhält dort das Gold durch Behandlung des Erzfisches mit heißem Wasserdampf. Diese Tatsachen machen das lebhafteste Interesse verständlich, das die imperialistischen Staaten augenblicklich an der Byrd-Expedition zeigen.

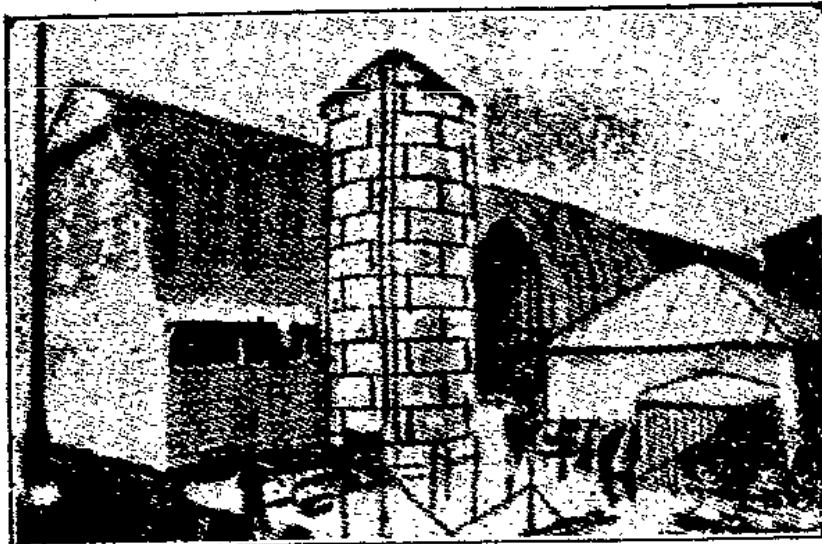
In der englischen und australischen Presse wird gefordert, daß die Byrd-Expedition eine genaue Abgrenzung der Zugehörigkeit der Südpolaren Gebiete vornehme. Das dürfte eine schwierige Aufgabe sein: Nicht weniger als vier Staaten treten mit Ansprüchen auf, um sich einen beträchtlichen Anteil an diesem fetten Bissen zu sichern, nämlich Australien, Argentinien, Norwegen und England. So wird auch der Südpol zum Kriegsschauplatz imperialistischer Machstreitigkeiten.

## „Stahl überall“ / Von Technikus

### Die Reklame der Schwerindustrie

Zusammenballung moderner Großunternehmungen in Truste und Konzerne, Beherrschung des Inlandsmarktes durch Syndizierung und Kartellierung, Einflußnahme am Weltmarkt durch internationale Konventionen, Verletzung der Interessen schaffender und verarbeitender Industriegruppen, verbunden mit einer großzügig auf technisch-wissenschaftlicher Forschung und praktischer Erfahrung beruhenden Rationalisierung, das sind die Auswirkungen einer Revolution, kapitalistischer Produktionsmethoden.

Der moderne Kapitalismus mit seinem gewaltigen Produktionsapparat ist eine Etappe in der Entwicklung der mensch-



Gutshof aus Stahl

lichen Gesellschaft, die alle Metaphysik vernichtend geschlagen hat. Sie ist zur gleichmäßigen Entfaltung aller physischen Kräfte übergegangen.

Es ist geradezu von historischem Wert, daß in der Zeit der modernsten technischen Mittel zur Umformung potenzieller (runder) physikalischer Energien in kinetische (bewegliche) Energien Friedrich Engels Arbeit „Dialektik und Natur“ der deutschen Arbeiterklasse in ihrer Muttersprache zugänglich gemacht ist.

„Wenn nach der finsternen Nacht des Mittelalters auf einmal die Wissenschaften neu in ungeahnter Kraft erstehen“, sagt Engels, „so verdanken wir dies Wunder wieder der Produktion. Der damalige Aufschwung der Industrie und die damit verbundene Herstellung von Maschinen und mechanischen Instrumenten zur Unternehmung von Werkstoffen und Messung vorhandener Naturkräfte, wie Kohle, Öl, Wasser und Wind, das waren und sind auch heute noch die „Wunder“, die eine immer tiefer eindringende Kenntnis in die Naturwissenschaften ermöglicht.“

\*) Marx-Engels Archiv, Band II.

### Tonseker und Tonbildfilm.

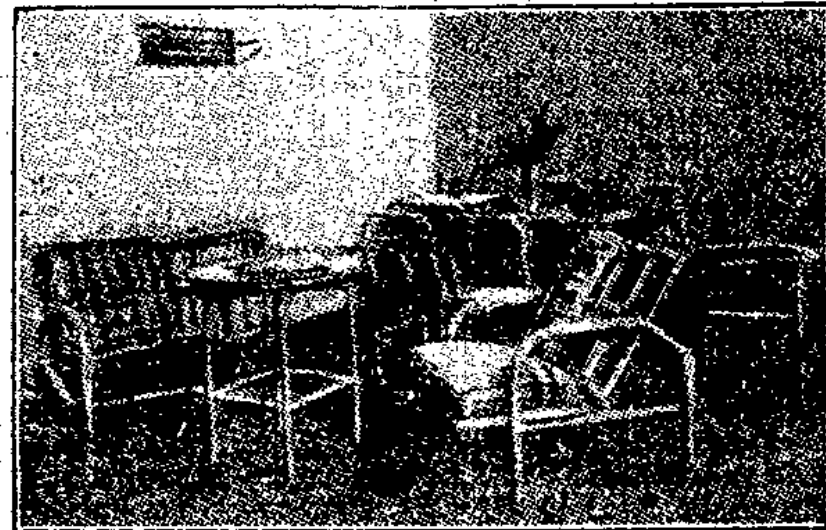
Der Tonbildfilm, d. h. die gleichzeitige Aufnahme und der gleichzeitige filmische Ablauf von Ton und Bild, bedeutet zweifellos einen technischen Fortschritt. Die soziale und künstlerische Auswirkung dieses Fortschritts innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft ist jedoch rein negativ. Die Folge: gesteigertes Sinken des sowie niedrigeren bürgerlichen Einkommens und — Arbeitslosigkeit. In Amerika sollen sich bereits 1100 Kinos auf den Tonbildfilm umgestellt und ihre Orchester aufgelöst haben. Die Musiker von 1100 Kinos wurden von heute auf morgen brotlos. In Deutschland beginnt auch schon diese „Entwicklung“. Ein deutsches Kintheater löste sein Orchester bereits auf. Fortsetzung folgt.

Die Herren Juristen und Komponisten der „Genossenschaft Deutscher Tonseker“ — einer Vereinigung, die mit den „Musikverbraucher“, d. h. mit den Kapitalisten des Gastwirts- und Vergnügungsgewerbes partiiert (die andere „musikalische“ Genossenschaft „zur Verwertung musikalischer Aufführungsrechte“, die „Gema“, soll wiederum mit den Musikverlegern verflochten sein) — kümmerten sich in ihrer „zwanglosen“ Mitgliederversammlung (in den Räumen der „Genossenschaft“, Wilhelmstraße) wenig um die Interessen der Kinomusiker. Sie überlegten: wie kann man juristisch durch das Aufkommen des Tonbildfilms die größtmöglichen Lantienmen für die Komponistenwelt heraus schlagen. Von der Ausbeutung durch das Verlagkapital wurde sehr beduht, durch das Vergnügungsgewerbe (versteht sich) gar nicht gesprochen. Vom Klassenkampf gar schwiegen die Herren Kunstbarfen tief, wie die Fische. Ka.

Rein Geringerer wie der gleiche Friedrich Engels verstand es aber auch, von dieser Erkenntnis ausgehend, die wachsenden Widersprüche zwischen der die Wissenschaft beherrschenden Bourgeoisie und der Wissenschaft selbst aufzuzeigen, die einmal zur revolutionären Auslösung kommen müssen, wozu die Arbeiterklasse berufen ist.

Der bisher von Menschenhand gemeisterte Arbeitsvorgang ist auf Massenerzeugung bedingende Maschinen übertragen. Aus den kleinen Hammerhämern wuchsen ausgedehnte Werkstätten, in denen gewaltige Schmelzpressen, Luft- und Dampfhammer nicht mehr von Hand zu bewegende Eisenmassen formen. Wo wären die vielen Industriegruppen in ihrem Ausbau stehen geblieben, wenn nicht die eisenschaffende und verarbeitende Industrie mit ihren Erzeugnissen alle Zweige gesellschaftlicher Fertigungsprozesse durchsetzt hätte. Die Verarbeitung der Eisenerze hat bereits eine Ausdehnung angenommen, die bis hinein in die nichteisenerzeugenden Industriegruppen an Boden gewinnt.

„Stahl überall!“ so überschreibt die Vereinigung aller deutschen Stahlinteressenten, der Stahlwerksverband, seine Werbung für gesteigerten Absatz. Die für diese Zwecke in Düsseldorf geschaf-



Stahlmöbel

rene Beratungsstelle für Stahlverwendung betreibt eine Propaganda, wie sie von schwerindustriellen Kreisen zum ersten Male in Deutschland durchgeführt wird. Sie wendet sich nicht nur an Gebiete der Technik, wo Stahl die Grenzen seiner Verwertbarkeit als Werkstoff erreicht hat und ein gesteigertes Stahlverbrauch sich nur mit Erhöhung der Gesamtproduktion durchführen läßt. Sie beginnt Kreise zu erfassen, die bisher weniger mit Stahl und seinem direkten Verbrauch zu tun hatten. Zum neuen Absatzgebiet rechnen die Eisenkönige den Siedlungsbau, Wohnungs- und Büromöbel.

Die Beratungsstelle für Stahlverbrauch arbeitet mit einem großzügigen Apparat und ebenso ausgestatteten Mitteln. Eine monatlich erscheinende Druckschrift, unterstützt von vielen Flugblättern, erfährt eine große Verbrauchszahl.

Die Großindustriellen benutzen alle Mittel zur Absatzsteigerung. Dabei haben sie sehr lange Sicht. In einem im Juni v. J. vor der internationalen Rohstahlgemeinschaft gehaltenen Vortrag über Absatzvermehrung wurde darauf hingewiesen, daß es wohl möglich sei, durch eine energische Propagandatätigkeit den jetzigen Verbrauch zumindest zu verdoppeln, d. h. eine Absatzvermehrung von 1½ bis 2 Millionen Tonnen innerhalb der europäischen Stahlproduzentengruppen zu erreichen.

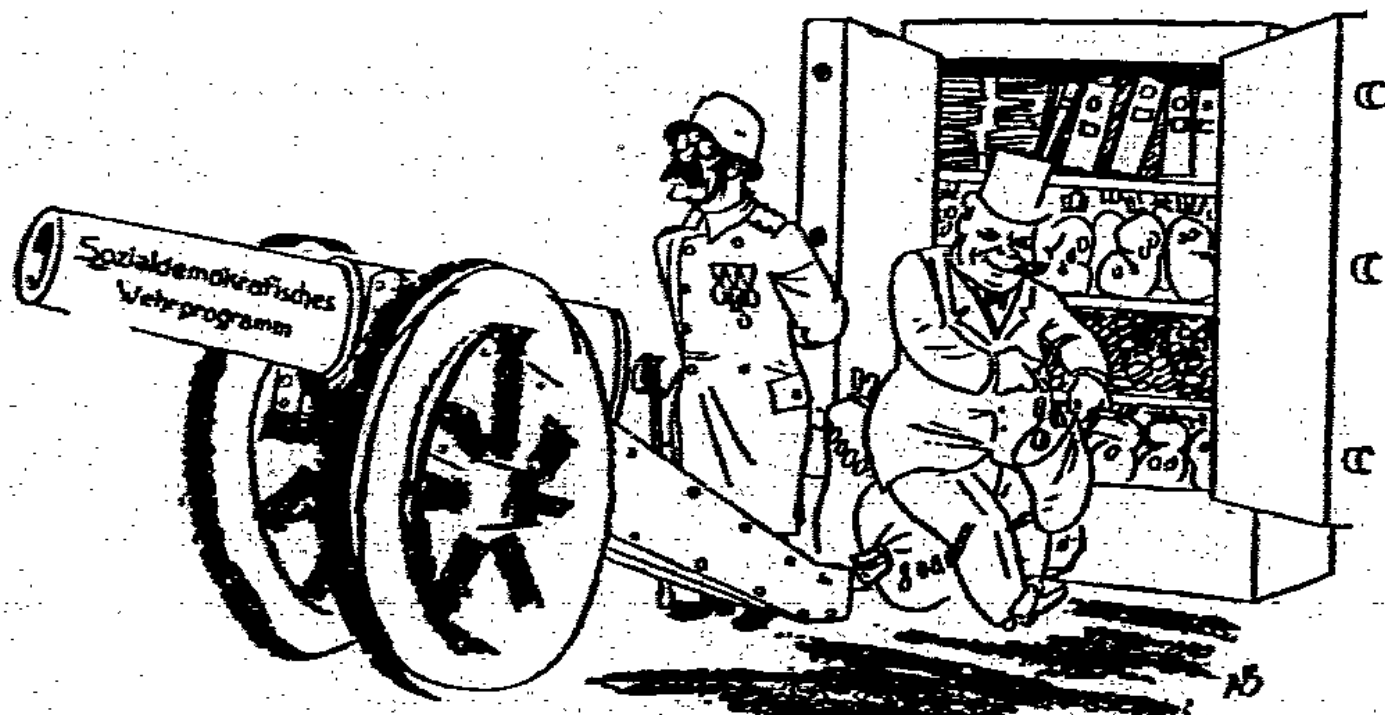
In der Reihe der vielen Mittel zur Propaganda des Stahlverbrauchs ist auch die Kirche aufzufinden. Auf dem Kölner Messelände hat der Stahlverband die erste eiserne Kirche erbaut. Ein Pfaffe beweihräucherte die Propaganda der Schwerindustriellen mit salbungsvollen Worten.

So finden sich die Vertreter kapitalistischer „Macht“ zusammen, wenn es gilt, ihre Macht zu stärken und den Profit zu erhöhen. Gewaltige Summen geben die gleichen Schwerindustriellen für Reklame und Propaganda aus, die es vor einigen Monaten ablehnten, der Arbeiterklasse 15 Pfennig Löhnerhöhung zu geben.

### Noch ein heiliges Jahr

Es kommt auf eins mehr oder weniger schon gar nicht mehr an. Weil der Papst seit 50 Jahren Priester ist, muß die katholische Menschheit das ganze Jahr feiern. Der Jubilar selbst hat es angeordnet und sich damit sozusagen selbst in die Reihe der Heiligen des Himmels begeben. Ob sein Chef, der liebe Gott, die Sage sanktionieren wird?

## Sozialdemokratisches Wehrprogramm



Der Kapitalist: Hinter diesen Kanonen fühle ich mich sicher.

# Breslau

## Großer Munitionsfund in der Kantstraße

Wie uns kurz vor Redaktionsschluss mitgeteilt wird, wurde gestern abend auf die Anzeige eines Untermieters der im Grundstück Kantstraße 30a bisher wohnhaften, vor kurzem verstorbenen Witwe des Kriminalreferats A n d r e s folgende Munition beschlagnahmt: 174 Schuß Infanteriemunition, 19 Schuß Revolvermunition (Kaliber 9 Millimeter), 6 Leuchtpistolen und ein Pistolenmagazin.

Wir eruchten das Polizeipreisdium um Auskunft, wie dieses Munitionslager in die Wohnung eines früheren Polizeibeamten kam. Wir behalten uns vor, auf den Munitionsfund noch zurückzukommen.

## Fahrscheinbruder bei der Straßenbahn

Die Verwaltung der städtischen Straßenbahn rükt, vom 1. Juni ab verkehrsmäßig zwei Straßenbahnstrassen mit sogenannten „F a h r s c h e i n b r ü d e r n“ aus, die den Zweck haben, die Fahrscheine auszugeben möglichst zu beschleunigen. Dieser Fahrscheinbruder wird an einem Riemen über den Raden auf der Brust getragen. Sein Gewicht beträgt mit der Papierrolle, die für den Druck von 450 Fahrscheinen ausreicht, 1 1/2 Kilogramm. An der rechten Seite des Druckers befindet sich eine Kurbel, die zum Drucken eines Fahrscheines einmal gedreht werden muß. Der fertige Fahrschein wird an einem gedrehten Messer entlang abgerollt. Der so vom Schaffner gedruckte Fahrschein enthält dieselben Bezeichnungen wie die übrigen bei der Straßenbahn in Verwendung befindlichen Fahrscheine, nämlich Uhrzeit, Tag und Zeit sowie eine Bezeichnung dafür, ob es sich um einen Fahrschein für Erwachsene oder für Schüler (Kinder) handelt. Wird mit Hilfe eines solchen Fahrscheines in eine andere Linie umgestiegen, so wird von dem zweiten Schaffner einer der Buchstaben a - m, der sich auf einer besonderen Kontrollreihe befindet, gelöscht. Die Umsteige- und Beförderungsbestimmungen sowie die Gültigkeit dieser Fahrscheine sind die gleichen wie bei den übrigen im Gebrauch befindlichen Fahrscheinen der städtischen Straßenbahn.

**Schützen.** Viele an uns gerichtete Zuschriften enthalten Beschwerden über Vorfälle, die sich als kleine Schützen herausstellen und bei übermäßigen gutem Willen leicht vermieden werden könnten. So scheint es uns durchaus nicht notwendig zu sein, daß einem Wohlfaßunterstützungsbemüßigten im Zimmer 87 des Wohlfahrtsamtes auf seine Bemerkung, 540 Mark „Unterstützung“ reichen nicht zum Leben, das Haus bewiesen wird. Ebenso unnötig ist es, daß auf die Frage des Betroffenen, ob es ihm auch so gehen soll, wie einem anderen Unterstützungsbemüßigten, der auf der Treppe vor Entkäufung zusammengebrochen war, höhnisch erwidert wird: „Derartige Fälle kennen wir.“ Eine andere Zuschrift betrifft die Allgemeine Ortskrankenkassa. Diese macht die Auszahlung des Sterbegeldes davon abhängig, daß die Quittungen über Sarg-, Kirchenkosten usw. vorgelegt werden. Angeblich, um zu verhindern, daß die Hinterbliebenen eines Toten noch einmal das Wohlfaßsamtsamt in Anspruch nehmen. Unseres Erachtens hat die Kasse dazu kein Recht. Die Versicherten haben Anspruch auf das Sterbegeld, und dessen Auszahlung darf durch irgendwelche Vereinbarungen mit Wohlfaßsamt oder anderen Institutionen nicht erschwert werden.

**Zeugen gesucht.** Alle diejenigen, die über den Vorfall an der Freiheitsbrücke (1. Mai) in einer Strafsache gegen einen Arbeiter auslagen können, melden sich mündlich oder schriftlich in der Redaktion, Trebnitzer Straße 50.

## Mittelschlesien

### Sitzung des Ortsauschusses des ADGB. Wrieg

In der letzten Ortsauschusssitzung waren 17 Gewerkschaften durch 35 Delegierte vertreten. Die Versammlung beschäftigte sich mit einem Antrag zur Geschäftsordnung. In diesem Antrag verlangt man, daß Gäste zu der Sitzung keinen Zutritt haben. Es sei denn, daß ein Vortrag stattfindet. Der neuwahlsche Vorsitzende hielt den Antrag für notwendig und begründete ihn wie folgt: Die „Arbeiter-Zeitung“, das Blatt der Kommunisten, bringt in letzter Zeit sehr viele gewerkschaftsschädliche Artikel. Deshalb wurde beschlossen, daß Gäste nur Zutritt haben, wenn ein Vortrag gehalten wird, und daß jeder Delegierte Parteibuch und eine Abbonnementsbestätigung der Arbeiterpresse vorlegen muß. Es wurden sofort zwei Anwesende aufgefordert, den Saal zu verlassen, darunter das ADGB-Mitglied Fritz F e g e l. Als während der Sitzung ein SPD-Gast den Saal betrat und bis zum Schluß in demselben blieb, hatte man nichts dagegen einzuwenden. (1) Den Bericht über die Konferenz der Gesellenauschmittglieder und Jugend-Kartellleiter, welche am 9. Mai in Breslau stattfand, gab Kollege S c h u b e r t. Zu Punkt 4 der Tagesordnung: Klassenbericht, gab der Vorsitzende bekannt, daß der Ueber-schuh (28 Mark) vom 1. Mai nicht, wie vorher beschlossen, geteilt, sondern diesmal nur der SPD gegeben wird. Kollege S c h u b e r t stellte den Antrag auf Teilung des Geldes. Der Antrag wurde bei der Abstimmung mit 34 gegen eine Stimme abgelehnt. Also, das Geld bekommt die SPD, und die „Arbeiter-Zeitung“ hat „schief gelogen“, wenn sie schreibt, das Kartell leistet Vorspann für die SPD.

Unter Anträgen wurde der Freien Turnerschaft vom Kartell der Betrag von 30 Mark überwiesen für eine Fahrt der Schüler ins Gebirge. Zu dem Spiel der Wiener erhielt ein Vertreter der Spielvereinigung das Wort. Er stellte fest, daß der Spielabschluß Wien ordnungsgemäß erfolgt ist und daß der Artikel in der „Volkszeitung“ (geschrieben vom neuen Vorsitzenden des Ortsauschusses) dem Spiel Abbruch getan hat. Der Vorsitzende führte aus, daß der Artikel in der „Volkszeitung“ seine Richtigkeit habe und nur geschrieben wurde, weil die Sache „Wien“ nicht durch das Kartell ging. Als der Vertreter der Spielvereinigung sagte, daß die Freie Turnerschaft schon im April Geld von den Gewerkschaften (ohne Beschluß des Kartells) erhalten hatte, war man plötzlich der Ansicht, daß zwischen der Turnerschaft und der Spielvereinigung ein großer Unterschied ist und man deshalb gegen die Turnerschaft keinen Artikel in der Zeitung schreiben braucht. Der große Unterschied wird wahrscheinlich darin bestehen, daß der Vorsitzende der Spielvereinigung der SPD angehört und der Vorsitzende der Freien Turnerschaft der SPD. Das Gewerkschaftsfest wurde auf den 28. Juli festgelegt. Mit der Ausarbeitung des Festes wurden vier Kollegen betraut. Zum Schluß wurde von dem Vorsitzenden mitgeteilt, daß die Listen der freien Elternvereinsung zur Ermittlung der Schulanfänger fertiggestellt sind und abgeholt werden können.

**Wrieg.** Fußballvereine. Vorwärts I — Hertha I 3:1. Borussia II — Hertha II 1:5. VfB. III — Hertha III 2:2. VfB. Jgd. — Borussia Jgd. 3:2. VfB. I — Spielvereinigung I 0:2. VfB. II — Spielvereinigung II 1:4.

**Peiserwitz.** Selbstmord in der Oder. Die seit dem 31. Dezember 1928 als vermißt gemeldete Hausangestellte M. G. aus Grob-Rasselwitz, 36 Jahre alt, ist am Mittwoch bei Peiserwitz, Kreis Neumarkt, als Leiche aus der Oder gelandet worden. Sie hat Selbstmord begangen.

# Bürgerliche Einheitsliste bei den Kommunalwahlen?

## Mit Einschluß der Patentkreuzler

Breslau, 31. Mai.

Im Herbst dieses Jahres finden die Kommunalwahlen statt. Auch in Breslau, obwohl das alte Stadtparlament zu diesem Zeitpunkt erst knapp anderthalb Jahre gearbeitet hat. Es wird wenig Wertdritte geben, die ihm eine Krone nachweihen. Alle die Hoffnungen, die besonders die sozialdemokratischen Wähler hegen, sind nicht erfüllt worden. Trotz kommunistisch-sozialdemokratischer Mehrheit wurde eine durchaus bürgerliche Kommunalpolitik getrieben. Zwar hielten E d. Klein oder K r u m m dann und wann radikale Reden, wenn es aber zu Taten kam, unterschieden sie sich — ohne Uebertreibung gesagt — in nichts von denen des vorher herrschenden Bürgerbunds. Die Bewilligung von Geldern für „Gottesdienst“ in der hiesigen Irrenanstalt beweist diese Behauptung wohl am trefflichsten. So ziemlich am Ende der Tätigkeitsperiode des alten Stadtparlamentes — im Juli und August sind Ferien und im Oktober möglicherweise schon Neuwahlen — steht die U n n a h m e des St a d t s. Die über ihn geführten monatelangen Ausschussberatungen sind zwar noch nicht endgültig abgeschlossen. Aber man kann schon heute sagen:

Der neue Etat bringt Steuererhöhungen, Mietersteigerungen, Verteuerungen von Geldern für „Gottesdienst“ in der hiesigen Irrenanstalt beweist diese Behauptung wohl am trefflichsten. So ziemlich am Ende der Tätigkeitsperiode des alten Stadtparlamentes — im Juli und August sind Ferien und im Oktober möglicherweise schon Neuwahlen — steht die U n n a h m e des St a d t s. Die über ihn geführten monatelangen Ausschussberatungen sind zwar noch nicht endgültig abgeschlossen. Aber man kann schon heute sagen:

Denn diese Partei trägt die volle Verantwortung für eine solche Entwicklung der Dinge. Die kommunistische Partei war sofort nach den Wahlen an die SPD herantreten, um die sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit auszunützen. Die SPD lehnte das ab und lies mit fliegenden Fahnen zu den Bürgerlichen über. Jetzt wächst sie kein Regen davon ab, daß sie die S c h u l d i g e an der nicht geringer, sondern im Gegenteil s t ä r k e r gewordenen Belastung der wertvollen Bevölkerung Breslaus ist.

Im bürgerlichen Lager wird schon jetzt die Kommunalwahl feierhaft vorbereitet. Besser ist besser, denkt man dort, und vor allem die Rechte möchten, nachdem sich in den letzten anderthalb Jahren hauptsächlich Zentrumsleute und Sozialdemokraten an die Futtertöpfe rangehalten haben, gern auch wieder mal ein wenig mehr nach vorn kommen. Das ist der Hauptgegenstand, um den gekämpft wird. Deshalb wird der Kommunalwahlkampf wahrscheinlich recht lebhaft werden. Die Bürgerlichen haben verhältnismäßig leichtes Spiel. Sie weisen mit Hohn darauf hin, daß die Sozialdemokraten — von einigen kleinen „rabulaten“ Gesellen abgesehen — im Wesen dieselbe Politik getrieben haben, die sie früher durchführten. Heute sind es die Bürgerlichen, die an die Versprechungen der Sozialdemokratie

erinnern, die vom „selbsternannten Etat“ reden, und die mit dem Hinweis auf die drohenden Gehären- und Steuererhöhungen die politischen Argumente übernehmen, mit denen die SPD den letzten Wahlkampf geführt hat.

Es sind bereits Verhandlungen im Gange, eine bürgerliche Einheitsliste anzufertigen, auf der vor allem die „Rechtsen“, also die nackten Klassen des Kapitals, berücksichtigt werden soll. Deutschnationale und Volkspartei sind schon dafür gewonnen. Jetzt geht es nur noch um die Frage, ob man die Nationalsozialisten in sie einbeziehen soll. Die Deutschnationalen möchten das, aber die Demokraten zieren sich aus Klassenrücksichten. Das Zentrum will angeblich gar nicht mitmachen, weil es hofft, auf eigene Rechnung ein besseres Wahlergebnis zu erzielen. Es hat sich aber eine Hintertüre offen gelassen, und die letzte Entscheidung seinem Provinzvorstand überlassen.

Hinsichtlich des Wahlausganges braucht man kein großer Prophet zu sein, um einen wahrscheinlich nicht geringen Verlust der Sozialdemokraten vorauszuweisen. So mancher Kleinbürger, der den Wahlversprechungen der SPD folgte, wird sich enttäuscht von ihr abwenden. Vor allem gilt das für viele kleine Geschäftsleute, die über die Steuerpolitik der sozialdemokratischen Fraktion alles andere als erbaut sind. Von diesen Kleinbürgern wird sich sicher ein Teil dem Bürgertum, vielleicht gar den Faschisten zuwenden. Selbstverständlich ist es Aufgabe der Kommunisten, zu versuchen, einen möglichst großen Teil dieser Eritkäufsten für die Klassenfront der Wertdriten zu gewinnen, ihnen klarzumachen, daß ihr Platz an der Seite der kämpfenden Arbeiterschaft ist. Aber auch mancher ehrliche Prolet, der Gelegenheit hatte, das verräterische Spiel der Sozialdemokraten zu verfolgen, wird sich empört von dieser Partei abwenden. Jene Arbeiter restlos für die Kommunisten zu gewinnen, wird eine unserer wesentlichsten Aufgaben in dem bevorstehenden Wahlkampf sein.

Wir wissen allerdings nicht, unter welchen Verhältnissen wir diesen Kampf führen werden; ob unter „legalen“ oder vielleicht schon illegalen. Eines jedoch steht fest: Wir können mit Z u v e r s i c h t in den Kampf gehen. Die Politik unserer Gegner gibt uns, sowohl fürs ganze Reich gesehen als auch im isolaten Wahlsache, so viel Waffen in die Hand, daß wir den Wahlkampf nicht nur mit einem Wahlsieg abschließen, sondern die vor uns stehende Zeit zu einer breiten, die Massen ergreifenden Agitation benutzen und ihnen die Erkenntnis einhämmern müssen, daß es gilt, unter den Fahnen der kommunistischen Partei für die Beseitigung unserer heutigen Gesellschaftsordnung zu kämpfen. Und dazu sind andere Mittel als der gewalttätige Kampf erforderlich!

## „Volkswacht“ proklamiert:

# Straße frei für die Faschisten!

Während jeder klassenbewußte Arbeiter die gesteigerte Aktivität der Faschisten nach dem KZB-Verbot feststellt, versucht die „Volkswacht“, den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen und die Stahlhelmmzüge in die Arbeiterviertel als harmlose Spaziergänge politischer Kinder hinstellen. In ihrer Donnerstagsnummer verhöhnt sie die spontane Gegendemonstration der klassenbewußten Arbeiter als Klamauk und Schreierei. Für sie ist der Aufmarsch des Stahlhelmpacks und die Gegendemonstration der empörten Proletarier eine „Renoué politischer Kinder“. Sie schreibt u. a.:

„Raum war die letzte Sipo-Partie mit Niebaa entlassen worden, da sammelte „Rot-Front“ seine „Massen“, die unter dem Gesang des bekannten Sipo-Marchliedes nach dem Schloßwerder marschierten, um auch den anderen Freunden von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei eine Referenz zu erweisen. Sie jagen es aber doch vor, nur mit erneuter Niebaa vor der dort ebenfalls zahlreichem Schuttpolizei vorbeizudefilieren. Waslaun hatte also wahrscheinlich keine Aktionen bestellt.“

Zu dieser ebenso dummen wie niederträchtigen Schmollektion fügt das „Organ der werktätigen Bevölkerung“ noch folgende Gemeinbeitt:

„Zwei Schreier festgenommen. Auf dem Matthiasplatz wurden gestern abend zwei Männer festgenommen, die sich als kommunistische Schreier betätigten, als sich der Stahlhelm zur Absahrt nach Wänschen sammelte. Die beiden Niebaa- und Heil-Woslau-Kaiser sind später wieder entlassen worden.“

Das schwarzrotgoldene Blatt der Partei des Arbeitermordes verhöhnt nicht nur die Proleten, die trotz Gummiknäuel der Schupo gegen die Stahlhelmbanden aufmarchierten, es gibt offen seiner

Freude Ausdruck, daß die Polizei die Schwitz-Jünger beschützt, die Arbeiter mit dem Gummiknäuel attackiert und sistiert hat. Wer gegen den Stahlhelm demonstriert, ist ein Schreier. Also: Straße frei für das Patentkreuzpad! Das ist dieselbe Politik wie sie von den „linken“ Sozialdemokraten in Oesterreich geführt wird. Dort wird das Faschistenpad dank der Kapitulation der feigen SPD-täglich frecher. Einer Meldung aus Wien vom 28. Mai entnehmen wir folgende Tatsachen:

„Das Demonstrationsverbot des sozialdemokratischen Landeshauptmanns von Wien, S e i z, und im Anschluß daran mehrerer anderer Landeshauptleute, trifft wohl die proletarischen Organisationen wie den sozialdemokratischen Schutzbund, die faschistischen G e i m v e r b ä n d e kimmern sich oder nicht im geringsten darum. In Aspong marschierten am Sonntag eine große Anzahl von Heimwehrverbänden mit Stahlhelmen und bewaffnet zu einer Fahnenweihe auf. Die Gendarmen, die ihnen unter Aufsicht eines Regierungskommissars entgegentraten und die Waffenübergabe verlangten, wurden verlacht und sind, ohne etwas ausgerichtet zu können, abgezogen. Auch im österreichischen Ermland hat trotz Demonstrationsverbot ein Faschistenaufmarsch stattgefunden.“

Gegen die Faschisten fand sich natürlich kein Härtigkeit! Denn sozialdemokratische Führer morden bei Durchbrechung des Demonstrationsverbotes nur Proletarier:

Wie in Oesterreich, bereiten die rechten und linken Führer der SPD, auch in Deutschland den Faschisten den Weg.

Die Arbeiterschaft in Breslau erkennt immer mehr, wobei die Politik der SPD führt. Sie steigt auf die „Volkswacht“ Wänschen und demonstriert mit den Kommunisten, wenn es gilt, den Stahlhelm aus den Arbeitervierteln zu jagen.

## Versammlungskalender

### Parteiveranstaltungen

**Breslau**  
— Stadtrat Süd. Freitag 20 Uhr: Funktionärerversammlung im Engelbarkt. Brau. Seban, Ecke Neudorfstraße. Edmillsche Kolportiers vom Stadtrat Süd müssen gleichfalls ausgen sein.  
— Zentrum. Freitag 20 Uhr: Mitgliederversammlung bei Krant, Welsengasse 28. Erscheinen Pflicht!  
— Pötkersbad. Partei- und Arbeiter-Gesellen. Freitag 18 Uhr alles an der Wänschenstraße.

### Kommunistischer Jugendverband

**Breslau**  
— Nord-Süd. Alles trifft sich Sonntag früh pünktlich 6 Uhr am Unbesitzplatz zur Wanderung. Keine Fahrdäder mitbringen. Genossen anderer Gruppen beteiligen sich.  
— Wänschen. Freitag 20 Uhr: Heimatabend der Gruppe D R im Jugendheim, Wänschengasse.  
— Sonntagabend treffen sich sämtliche Teilnehmer an der Hochwald-Wanderung um 18 Uhr am Wänschen.  
— Sonntag früh alle übrigen Teilnehmer der Wanderung 1/5 Uhr früh am Wänschen. Sonntagsofarte bis Sittau (1,70 M.) Wien.

### Jung-Spartakus-Bund

**Breslau**  
— Gruppe Süd und Nord. Sonntag Tagesausflug. Treffpunkt früh 8 Uhr Radeburgs-Graue. Eisen und Kobold mitbringen. Gäste willkommen.

### Roter Frauen- und Mädchenbund

**Breslau**  
— Sonntag beteiligen sich alle Genossinnen an der Hausbesuchsarbeit. Treffpunkt 10 Uhr am Laurenciusplatz.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Messe bei Tieg heißt eine Großveranstaltung, die Leonh. Tieg u. O. Dykauer Straße 71/75, veranstaltet. Unserer heutigen Ausgabe ist ein Prospekt beigelegt, der ein Bild von den üblichen Messen zeigt. Tieg gibt.



*Tiefe weiche Wellen*  
bekommt und behält Ihr Haar, wenn Sie es jede Woche einmal waschen mit dem bewährten

**Schwarzkopf**  
Schaumpon-Extra  
(Haarglanz-Pulver liegt gratis bei!)

# Waldenburger Bergland

## Sozialdemokratische Funktionäre lehnen es ab, am 1. Mai zu feiern!

Obwohl bereits vier Wochen und von dem 1. Mai trennen, dürften die nachstehenden Ausführungen in Folge ihrer politischen Bedeutung allgemeine Beachtung finden.

Für die Verwundung und Degeneration der SPD ist besonders die Einstellung einer ganzen Reihe von Partei- und Gewerkschaftsfunktionären zum 1. Mai ist bezeichnend. Es ist nicht das erste Mal, daß namhafte Funktionäre der SPD und Gewerkschaften am 1. Mai arbeiteten.

„Nägen die andern machen, was sie wollen; ich arbeite am 1. Mai!“ Aber daß gerade sie es sind, die sich durch Überstunden, Schließen und andere schädliche Handlungen hervor tun. In Dittersbach z. B. ist es der SPD-Betriebsrat Polke und Genossen der Firma Dimitr, Garbleiche, die wie alle anderen Jahre auch dieses Jahr am 1. Mai stramm gearbeitet haben. Kein Wunder, daß sich die Belegschaft nicht traut zu feiern, wenn der Betriebsrat und Gewerkschafts- und Parteilfunktionäre nicht an feiern denkt. Seine arbeiterfeindliche Einstellung ist allzu bekannt, er ist trennes, prominentes Mitglied der SPD, einer Partei, die sich „völkerbefreiernde, revolutionäre Arbeiterpartei“ nennt. Von vielen anderen wollen wir heute nur noch einen Fall festhalten. In der Karlsruher Arbeiter- und Gewerkschaft, fast 30 Jahre Mitglied des DAW. Auch er erklärte Mitgliedern gegenüber:

„Nägen die andern machen, was sie wollen; ich arbeite am 1. Mai!“

Anstatt nun als erster dafür zu sorgen, daß Beschlüsse der Generalversammlung und des Kartells durchgeführt werden, macht er das Gegenteil. Nicht nur das. Anstatt die tarifmäßige Arbeitszeit von acht Stunden einzuhalten, arbeitet er auf den Montagen zehn bis zwölf Stunden, und nicht nur er, sondern natürlich auch seine andern Genossen von Partei und Gewerkschaft. Selbst Sonnabend wird nicht früher Feierabend gemacht. In der Hitze selbst verhält es sich nicht viel anders. Im Betriebsrat sitzen nur Reformisten und Hirche, die sich alljährlich durch Kuhhandel in die Höhe treiben, und deshalb finden auch kein Jahr eine Wahl durch die Belegschaft statt. Kommunisten werden dort von Diktator und Reformisten nicht geduldet!

Das sind diejenigen Reformisten, die angeben, die wirklichen Klassenkämpfer zu sein, und die am allermeisten gegen Kommunisten hetzen. Warum sollen sie auch am 1. Mai für Achtstundentag und 48-Stunden-Woche demonstrieren, wenn sie freiwillig 10 bzw. 60 bis 70 Stunden arbeiten? Und diese Leute werden als vorbildlich hingestellt! Sollen da noch mit solchen Paradeperden Mitglieder für die Gewerkschaften gewonnen werden?

Hinweg mit solchen Funktionären! Sie sind Verräter an der Arbeiterklasse.

### Für 3500 Mark Leberwurst geraubt

In der Nacht zum Mittwoch drangen Einbrecher in das Leberwurstgeschäft von Paul Peilich am Ring vom Flur aus mit Nachschlüsseln ein. Sie nahmen Leberwurst, wie Koffer, Brief- und Handtaschen, im Gesamtwert von 3500 Mark mit. Die Täter sollen sich Fahrräder nach Dresden gelöst haben.

### Waldenburger Gut abgelehnt

Die Waldenburger Stadtverordnetenversammlung hat den Etat abgelehnt. Aus dem Finanzbericht des Kämmers geht hervor, daß der Stadt über 19 1/2 Millionen Mark Gesamtschulden hat. Angenommen wurde ein Antrag, nach dem die neuen Steuern bis auf weiteres nach dem Etat von 1928 erhoben werden und die Ausgaben nicht höher sein dürfen, als sie im neuen Etat vorgesehen sind. — Ausführlicher Bericht folgt.

### Auf dem Bahnhof zu Tode verunglückt

Auf dem Bahnhof Altmöller glitt der Gepäckträger Thon mit seinem Gepäckwagen, den er an einen ankommenden Zug bringen wollte, so unglücklich aus, daß er mit dem Kopfe gegen die Karrenwand schlug. Der Unglückliche war auf der Stelle tot.

Der gefährliche Karbunkel. Die 55jährige Angestelltenhefraw Kiehlmann in Nieder-Salzbrunn erkrankte dieser Tage an einem Karbunkel, der im Genick auftrat und nach innen zehrte. Es entstand eine Blutvergiftung, der die Frau erlag.

### Oberes Revier

Um ein Haar ertrunken. In der Rosenthaler Badesanstalt ging ein Erwachsener plötzlich im Wasser unter. Der Bademeister und einige Schwimmer retteten den verzweifelt um sein Leben Ringenden.

## Schweidnitz

### Frauen und Mädchen heraus zur Frauenkundgebung

am Sonntag, dem 2. Juni, 14 Uhr, die anlässlich der Konferenz der werktätigen Frauen auf dem Ring stattfinden.

### Besucht die Ausstellung

Sonnabend, den 1. Juni, 15 Uhr, im kleinen Saal des Volksgarten, Eröffnung der Ausstellung: „Die werktätige Frau in Deutschland und in Russland.“ Eintritt frei.

## Görlitz

„Ghret das Alter...“ Einen Selbstmordversuch unternahm ein 78 Jahre alter Vater H. S., indem er sich die Pulsadern zu öffnen versuchte. Nach Anlegung eines Rotverbandes wurde er dem Krankenhaus zugeführt.

## Goldberg

Nach 60 Jahren auf der Spur eines Mordes? Auf dem Grundstück des Kreisaußerschutzelektors Zänger fand man bei Schachtarbeiten in einer Tiefe von etwa einem halben Meter ein Skelet, das etwa 50 bis 60 Jahre dort gelegen haben dürfte. Offenbar handelt es sich um einen jungen Menschen, da die Zähne gut erhalten waren. Die Hirschschale wies ein Loch in der Größe eines Dreimarkstückes auf, so daß ein unaufgeklärtes Verbrechen vorliegen dürfte. Dieser Verdacht wird dadurch bestärkt, daß das Skelet mit dem Gesicht nach unten lag.

Ein Knabe vermisst. Seit Montag wird der 11jährige, auf dem linken Auge erblindete Sohn Eduard Winkelmann in Högberg vermisst. Er ist seinen Eltern wahrscheinlich aus Furcht vor Strafe entlaufen.

## Hagnau

Öffentlicher Diskussionsabend Heute Freitag 19.30 Uhr veranstaltet die Kommunistische Partei im Parkrestaurant einen öffentlichen Diskussionsabend mit dem Thema: „Die Lügenberichte der „Liegner Volkszeitung“ über das revolutionäre Berliner Proletariat. Was ist wahr?“ Alle Zeitungsleser, Genossen und Kameraden müssen sich an diesem Abend beteiligen. Vor allen Dingen laden wir hiermit aber auch die sozialdemokratischen Arbeiter und den Lokalführer der „Liegner Volkszeitung“ ein. Jedem wird die uneingeschränkte Redezeit zugesichert.

Achtung! Arbeiter-Schulmeister-Verein! Alle aktiven Mitglieder des Vereins müssen jeden Dienstag 19 Uhr zum Übungsabend erscheinen. — Der Spielleiter.

## Liegnitz

### Fünf Jähren Jahre in der Fremdenlegion

Vor dem Erweiterter Schöffengericht stand unter der Anklage der Fahnenflucht der am 3. Juli 1902 geborene, aus der Udermark stammende frühere Oberschütze Kurt Raumann. Dieser war im Jahre 1923 in Liegnitz Oberschütze. Er wurde nach Dresden abkommandiert, wo er infolge einer Verletzung ins Lazarett kam. In Dresden lernte er zwei französische Offiziere in Zivil kennen, die ihn wiederholt zu Selbstgelehen einluden. Am 1. Oktober 1923 wurde er von seiner Kompanie in Marsch gesetzt, traf aber bei seinem Truppenteil nicht ein, so daß er schließlich als fahnenflüchtig erklärt wurde. Er schloßerte nun, daß er am 1. Oktober bereits sein Gepäck auf dem Dresdener Hauptbahnhof aufgegeben hatte. Da der Zug erst später fuhr, lehrte er nochmals in die Stadt zurück. Hier machten sich die französischen Offiziere wieder an ihn heran und sorgten dafür, daß er den Zug verläumt und schließlich nicht mehr aufhalte, was mit ihm geschah. Erst im folgenden Zuge ermachte er. Man kam nach Frankfurt a. M., wo man sich mehrere Tage aufhielt. Die Offiziere gingen mit ihm in Kinos, Theater und zu Wein und Sekt. Als er nun eines Tages irgendwo in einer Vorstadt war, nahm ein Auto, dessen Drahtreifen französisch sprachen. Er wurde durch Drohungen gezwungen, rasch in das Auto zu steigen, und fort ging die Fahrt über die Grenze. Er landete in einem großen Warenlager. Zuerst kam er in das Spionagebüro, wo er über seinen Truppenteil ausgefragt wurde. Dann sperrte man ihn mehrere Tage in eine Weibklokkabarde. Endlich eröffnete man ihm, er erhalte wegen ruhrestörendem Lärmes 60 Tage Arrest, wenn er nicht in die Fremdenlegion gehe. Infolge dieser Drohungen gab er nach und wurde Legionär. Rasch ging es

die Brigade Ehrhardt werden wir genannt.“ Durch die bei dem warmen Aprilwetter weit geöffneten Fenster und Türen drang das Gesinge und Getöse bis in die dunklen Ställe und Keller der benachbarten Brauerei, wo mehr als dreihundert Menschen: Männer, Frauen und halbwüchsige Kinder, angstvoll auf ihre Stühle warteten. „Was wollen sie denn mir, ich habe doch nur im Auftrage der Regierung und des Bürgermeisters die Arbeiterführerwehr organisiert. Drei Mann auf tausend Einwohner, wie es vorgeschrieben ist! Dafür kann man mich doch nicht bestrafen! Wer weiß, ob sonst die Schachanlagen und der Bahnhof noch stehen würden, und ob die Waffen alle im Rathaus geblieben wären!“ So sagte der Bergarbeiter Küpper wohl schon zum zwanzigsten Male zu seinen Leidensgefährten, ohne indessen seine innere Unruhe zu beschwichtigen. „Auf einem Hof in der Fuchstraße haben sie gleich heute früh vier Mann von der Sicherheitswehr erschossen“, erzählte ein Bergmann von „Jede Beate“, dem das Kopfschmerz eingeschlagen war. „Das ist unmöglich, das ist ungeheürlich, das ist gegen die Versicherungen der Regierung, die überhaupt keine Standgerichte will“, rief Küpper angetrieben. „Die machen das auch ohne Standgerichte und ohne Apparat. Die vier wurden einfach bei der Stabiparade, wo sie Posten standen, nach dem Hof geführt und ohne weiteres an die Wand gestellt. Ich wohne in dem Hause und protestierte dagegen, da wurde auch ich verhaftet und kam meinem Schöpfer danken, daß sie mich nicht auch gleich niedermettelten“, erklärte der Arbeiter. Soeben öffnete sich die Stalltür und zwei neue Ankommlinge flogen mit Jubelrufen und Schimpfworten herein. „Ich protestiere, ich bin zu Recht verhaftet, ich möchte sofort dem Gerichtsoffizier vorgeführt werden“, rief der Gefürzte, sich erhebend und trotz der vorgehaltenen Seitengewehr gegen die Tür ansehend. „Nicht klar noch früh genug das Besondere haben, aus-

## Landeshut

Schadenfeuer. Nachts brach in der Wohnung des Landwirts Wiesner in Dittersbach Feuer aus, das rasch um sich griff. Wohnung, Stall und Schuppen sind bis auf die Umfassungsmauern niedergebrennt. Auf dem Boden verbrannten die Möbel sowie über dreißig Zentner Gerste und die Habe eines Dienstdürschens. Man nimmt sechsstellige Brandsumme an

## Siriegau

Ein Bierauto überfährt ein Kind. Am Dienstagnachmittag geriet der Knabe Werner unter die Räder eines Bierlastautos. Den erlittenen schweren Verletzungen ist der Knabe einige Stunden später erlegen.

## Bolkenhain

In der Dingergrube umgelommen. In Kauder stürzte das etwa dreijährige Söhnchen des Gutsbesizers Böbel beim Spiel mit dem Kinderwagen in die Dingergrube und erstickte.

## Niederschlesien

nach Marseille und von dort nach Algier. Er schmachtete fünf lange Jahre in der Fremdenlegion. Im Oktober 1928 kam er vollkommen ruiniert nach Deutschland zurück. Noch ist er so zusammengebrochen, daß er vor Gericht meist weinte und kaum Auskunft gab.

Der Staatsanwalt beantragte wegen Fahnenflucht sechs Monate Gefängnis. Es könne ihm nicht widerlegt werden, daß er betrunken nach Frankfurt gebracht wurde und daß er unter Zwang in die Legion eintrat, so daß Fahnenflucht nicht vorliegt.

Die deutschen Nationalisten haben keinen Grund, sich über die Fremdenlegion aufzuregen. Der deutsche Militarismus war und ist nicht besser als der französische. Sie sind beide Verbrechen, deren Wurzel der Kapitalismus, beseitigt werden muß.

## Uebertritt einer Ortsgruppe des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten zum 3. B.

In Randten ist die aus 40 Mitgliedern bestehende Ortsgruppe des Reichsbundes geschlossen zum Internationalen Bund übergetreten. Dieser Beschluß wurde in der am 9. Mai stattgefundenen Versammlung einstimmig angenommen. In der Gegen-Versammlung des Reichsbundes am 12. Mai waren trotz großer Mühe des Reichsbundes nicht viel Mitglieder erschienen. Um so mehr war der Bonzenapparat vertreten (6 Stück an der Zahl), der durch demagogische Verdrehungsfunktion versuchte, die Mitglieder wieder für sich einzufangen. Doch vergebens war ihr Bemühen, die Kriegs- und Arbeitsopfer haben erkannt, daß nur der Internationale Bund ihre Interessen richtig vertreten kann. Das hat auch die Mitgliederversammlung am 26. Mai von neuem bewiesen, denn 90 Prozent aller Mitglieder waren anwesend; sie stehen nach wie vor, trotz aller Verleumdungen, welche die Dresdner und Steinau austreuen, hinter dem Kameraden Schlingens und hinter dem Internationalen Bund. Das Referat des Kameraden Kiebitsch-Steinau wurde mit Interesse aufgenommen, und vielen wurde es zum ersten Male klar, daß Kriegsopferfragen politische Fragen sind.

Kriegs- und Arbeitsopfer, laßt euch nicht länger irreführen. Organisiert euch geschlossen im Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit.

## Glogau

Beim Baden in der Pionier-Badeanstalt stürzte der kleine sechs-jährige Karl Kliche, als er auf einem Laufsteig ausglitt, in die angeschwollene Oder. Er sank sofort unter und ertrank. Rettungsversuche blieben erfolglos. Die Leiche des Kleinen konnte noch nicht geborgen werden.

## Er rechnet auf das „Verständnis“ der „republikanischen Justiz“

Am 3. Juli findet vor der Großen Strafkammer des Glogauer Landgerichts die Berufungsverhandlung in dem Prozeß gegen den sogenannten „Prinzen zur Lippe“ und gegen den früheren Schriftsteller des „Aushauer Anzeigers“, Bartholdi, wegen Vergehens gegen das Republikanische Gesetz statt. Lippe hatte bekanntlich 300 Mark Geldstrafe erhalten, was schon sehr milde war. Bartholdi wurde freigesprochen. Gegen das Urteil hatten Lippe und die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt.

## Aus dem Riesengebirge

Lernt richtig schwimmen! Nach Arbeitschluss badete der 10jährige Schmiedelehrling Martin Junge aus Wilhelmshof bei den Oberbatharäden bei Straupitz im Biber. Obwohl er nicht einmal richtig schwimmen kann, gelangte er ans andere Ufer und zurück. Rühn geworden, wollte er den Biber nochmals durchschwimmen. Ploßlich aber entdeckten seine Freunde, daß er in der Flut nicht auf dem Rücken trieb. Beherzte Schwimmer sprangen ihm sofort nach, doch war er inzwischen von einem Strudel erfaßt und hinabgezogen worden.

# BRENNENDE RUHR Von K. GRÜNBERG Roman aus dem Kapp-Putsch

74 Mit Anlauf der Truppen atmeten die so lange ängstlich veratmeten Swerttrauper Reaktionen wieder erleichtert auf. In kurzer Zeit bedeckte sich die Fassaden der Bürger- und Geschäftshäuser mit schwarzweißroten Fahnen und Marineregelschlaggen. Der plötzlich wie aus einer Fernleitung wieder aufgetauchte Bürgermeister Dr. Biventuhl brachte in unglücklicher Eile einen „Bürgeraufruf“ zum Empfang der Befreier zusammen. Die Bürger griffen noch dem ausgekauften Schreden tief in Brüstungen und geheime Kämpfer vorräte. Und da auch von der Geschäftswelt sich niemand anzuschließen wagte, kamen große Geldbeträge und Liebesgaben aller Art zusammen. Gymnasien und Gymnasiallehrerinnen weitesterten mit Damen und Herren der Gesellschaft, die „tapferen Krieger“ mit Blumen, Zigaretten, Schokolade, Cognac und Lebensmitteln jeder Art zu überschütten. Besonders lebhaft ging es im Hotel „Marxloher Hof“ zu, wo eine Offizierskompanie ihr Stabquartier aufgeschlagen hatte. Bärenschädel, zu Ehren des Tages im besten Festsaal, drängten sich herzu, um die Helmen aus der Nähe zu bewundern, ihnen die Hände zu drücken und sich womöglich die „stehbaren Ornatellen“ der roten noch einmal haargenau erzählen zu lassen. Der Wirt hatte den Weinsteller geöffnet. Die Bezeichnung vom roten Terror mußte doch gehäufig gefeiert werden, und brandend erlang unter Musikbegleitung aus würdigen Lehren „Ein Ruf wie Donnerhall“ — „Deutschland, Deutschland über alles“ — das „Lied von der Benuegans“ und schließlich

## Spalanz am Stahlhelm, Schwarzkopfes Bund.

blidlich mußt du dich noch etwas gebulden, die Herren speisen zu Mittag.“ lachte eine rohe Stimme. „Berzeihen Sie“, sagte ein junger, gutgelaunter Mann mit einem Kneifer, „ich bin heute früh aus dem Bett heraus verhaftet worden, weiß immer noch nicht, warum? Könnte ich nicht wenigstens eine Kleinigkeit zu essen bekommen, ich will es ja gern bezahlen.“ „Essen?“ — Der Feldwebel, der hier den Oberstleiker vorzustellen schien, machte ein beleidigtes Gesicht. „Ja, wozu denn noch essen? So bid haben wir es doch nicht, um euch noch unnütz zu füttern. Die eine Stunde, die ihr noch zu leben habt, werdet ihr schon noch aushalten.“ Beirridigt seinen Schnauzbart streichend, beobachtete der Büttel die Wirkung seiner Worte, die in lauten Unschuldsbeteuerungen, Weinen und Wehklagen brtand. „Wir sind doch noch gar nicht verurteilt“, rief eine alte Frau verzweifelt. Der Feldwebel zog die Stirn in ernste Falten. „Das ist ja nur Formache, das geht bei uns alles sehr schnell. Die hier drin sind, werden allesamt erschossen“, und tragend schlug das Tor wieder zu. Küpper lehnte einen Augenblick wie betäubt an der Futterraufe, als sein Blick auf den einen der Neueingelieferten, der so dringend nach dem Gerichtsoffizier verlangte, fiel. „Mein Gott, Sie auch hier, Herr Oberst!“ rief er entsetzt. „Ein Mißverständnis, das sich auflären wird“, versuchte dieser sorglos zu lächeln, aber das verstörte Gesicht kraste seiner Augen. „Wir scheint viel eher, daß das Mißverständnis auf deine Kugel, und ich Gewoche bin dir Schafstosf richtig mit ins gegangen“, sagte eine andere bekannte Stimme. „Du auch hier, Ruderz, wie kommst du denn herher, du bist jetzt über alle Berge?“ frag Küpper erstaunt.

# Oberschlesien

## Kritische Betrachtung der Betriebsratswahl bei der Reichsbahn, Bezirk OS.

Unter dem Zeichen der Vorbereitung des Faschismus in Deutschland fanden in diesem Jahre die Wahlen der Betriebsräte bei der Reichsbahn statt. Der Reformismus bekam es nach den Wahlen der Berliner Verkehrs-R.G., in den Deuna-Becken, bei der Blohm und Voß-Werft und einer großen Reihe anderer Erfolge der Opposition bei den Betriebsratswahlen im März d. J. mit der Angst zu tun. Die Bourgeoisie gab genaue Anweisungen, die unter allen Umständen durchzuführen zu sein mußten, wenn die SPD. ministerfähig bleiben wollte. So schrieb die reaktionäre „Kreuzzeitung“, daß es endlich an der Zeit sei, daß die Kommunisten nicht nur mit Ausschüssen aus den Massenorganisationen bekämpft, sondern „Häufchen und Bonneten“ gegen sie angewandt werden müssen. Die SPD. folgte prompt und richtete am 1. Mai ein Blutbad in Berlin an. Auf der ganzen Linie wurde der Kampf verschärft. Terror und Lüge wurden in einem Maße angewandt, wie dies früher nie geschah.

In eine solche Situation, wo die SPD. klar erklärt, daß es nur eine Diktatur von ihr geben wird, wie es Blut-Weiß auf dem Parteitag in Magdeburg erklärte, steckte die Betriebsratswahl bei der Reichsbahn. Eine feste Front wurde gebildet von allen, was staats- und eigentümerhaltend war. Reformisten, Christen, Eisenbahnverwaltung und pöbelige Faschisten fanden sich im Kampfe gegen die revolutionäre Opposition, um sie wenigstens in der Reichsbahn, dieser wichtigsten Position des kapitalistischen Wirtschaftslebens, zu schlagen. Neben dem Terror wurde von den Reformisten ein Mandat vorzuführen, das dem Reichsbahnarbeiter glauben machen sollte, die Reformisten seien bereit, den Kampf für eine Verbesserung der Lebenslage der Reichsbahnarbeiter zu führen. In der Resolution des Betriebs vom 6. Mai, also einige Tage vor der Wahl, hieß es:

„Der Vorstand wird ermächtigt, im Einvernehmen mit den übergeordneten Organisationen den Streik zu proklamieren, nachdem alle Einigungsversuche resultatlos verlaufen sind.“

Nach den Wahlen am 16. Mai schrieben die bürgerlichen Zeitungen, an der Spitze der „Vorwärts“:

„Die Eisenbahnorganisationen haben vom Reichsarbeitsminister die Einleitung des Schlichtungsverfahrens gefordert.“

So wurden die Eisenbahner an der Nase herumgeführt, um ihnen die Wahl der Reformisten mit allen Mitteln schmacht zu machen.

So, wir bekämpfen nicht den Einheitsverband als solchen, sondern den Reformismus, der den Einheitsverband zu einem Instrument der herrschenden Klasse gegen das Proletariat gemacht hat. Ihm und seiner Baroktratte gilt dieser Kampf, für die Eroderung der Hirne und Herzen der Arbeiter zum revolutionären Klassenkampf.

Zu den genannten Faktoren kommt unsere organisatorische Schwäche, die durch unsere Siege im Reich noch vergrößert wurde. Ein großer Teil der oppositionellen Kollegen glaubte, daß alles geschafft ist, sie vertannten die Wucht des reformistischen Apparates und die Wirkung seiner Lügen. Den Reformisten standen unbegrenzte Geldmittel zur Verfügung, während wir mit dem sehr Wenigen, was die Kollegen aufbrachten, kämpfen mußten. Dennoch diese 1044 Stimmen.

Die Kollegen, welche die Reformisten wählten, sind sicher nicht Reformisten geworden, wie dies der Genosse Girndt zum Ausdruck bringt, wenn er schreibt:

„Dabei geht es uns nicht etwa um diesen Posten als solchen, sondern wir sehen in ihm den Repräsentanten einer Richtung, die hinter ihm steht.“

Die Reformisten haben unter Ausnutzung obengenannter Mittel, wie Lüge, Terror, Bestechung, Drohung und Ausnutzung unserer Schwächen uns zurückgedrängt, und zwar nur zahlenmäßig, denn ideologisch sind wir gestärkt, das werden schon die Vertreterwahlen zur Verslonstafel beweisen. 1044 Kollegen werden geschlossen ihren Mann stellen, sie werden der Re z sein auf Grund der Erfahrungen des letzten Kampfes. Sie werden ihre letzte Kraft einsetzen müssen, um den Verrätern und Verräterin zu zeigen, daß es wohl gelingt, mit allen Gemeinheiten bewaffnet die Opposition einmal zurückzubringen, aber nicht zu schlagen.

Die oppositionellen Kollegen werden neben den Erfahrungen des letzten Kampfes auf ihrer Seite haben die Tatsache der Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiter durch die reformistische Führung. Auch der letzte Kollege wird begreifen, daß es keinen anderen Ausweg gibt, als wie den Kampf gegen den Reformismus und Kapitalismus, für die Befreiung der Arbeiterklasse zu führen, als sich einzureihen in die Kampffront der Kommunisten.

## Hindenburg

### Das fromme „Vollsbblatt“

Daß das sozialdemokratische Erbbauschlättchen von Oberschlesien etwa mal gegen das Pfaffenrum losziehen würde, wird wohl niemand behaupten können. Wenn es sich nicht durch größere Kommunistenhege auszeichnen würde, könnte man es getrost für das Leibblatt Hitler halten. Vor einigen Tagen hat sich die „Vollsbblatt“-Redaktion in tiefer Ehrfurcht mit den Kirchengefangenen beschäftigt. Als gutgläubige Christen fanden nun die Herren Sozis einige Lieder, die sich nicht auf den König des Himmels bezogen, sondern nur auf den König von Gottes Gnaden. Dieser ist jetzt natürlich seiner Funktion enthoben und zum ganz gewöhnlichen Polzhacker degradiert. Und da kann man ihn doch nicht mehr neben dem König des Himmels stehen lassen.

Vollsbättchen rafft also seinen gottesgnädigen Geist zusammen und schreibt einen Artikel. Mit großem Pathos wird gegen die nichtgöttlichen Lieder gemettert. Gegen die religiösen Lieder hat das „Vollsbblatt“ nichts. Auf diesen Artikel hat aber jetzt ein Pfälzerin ellenlang geantwortet. Das „Vollsbblatt“ in seiner Gottesfürchtigkeit brucht das ab und gibt damit Klein bei, daß es doch nicht so schlimm mit diesen Liedern ist. Also reuige Sünder, diese „Vollsbblatt“-Schärer.

Das ist aber noch nicht alles. Vollsbättchen steht treu und brav zur Kirche. In Oberschlesien wird noch immer der Fronleichnamstag abgehalten. Für die guten Christen bedeutet daher der Tag ein halbamtlicher Feiertag. Das sozialdemokratische „Vollsbblatt“ heiligt diesen Tag aber noch besser, es macht zu Fronleichnam einen ganzen Feiertag. Das verländeie es auch seinen Lesern.

Wahrlich frommer wie das „Vollsbblatt“ ist auch nicht der Papst. Es fehlt bloß noch, daß das „Vollsbblatt“ eine Delegation zur Fronleichnamspojektion geschickt hat, die den Baldachin tragen hilft.

## Beuthen

### Erdbeben Unglücksfall auf der Kofokohalbe

Seit mehreren Wochen werden die alten Kofokohalden abgedroht, wobei etwa 170 Arbeiter beschäftigt werden. Am Mittwoch, gegen Mittag, ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Bei dem ein Arbeiter das Leben einbüßte und ein anderer schwer verletzt wurde. Infolge der heftigen Regengüsse waren einzelne Abbruchstellen sehr stark gelockert, so daß gerade an dieser niedrigsten Stelle, die kaum gerade 3,50 Meter Erddöhe hat, während die anderen Stellen bis zu 17 Meter hoch sind, die Faldenmassen stark in Rutschen kamen, wobei der Arbeiter Mendel von den Faldenmassen verschüttet wurde und dabei tödlich verunglückte. Ein anderer Arbeiter, namens Reich, trug erhebliche Verletzungen davon.

## Mikulischütz

### Stahlfeldrasio

A. R. Am Sonntag wollte der Stahlfeld im Niechowiher Wald ein Treffen veranstalten. Da es aber zu nah war, einigten sich die Stahlfelder auf einen Propagandamarsch nach hier. Ein kläglicher Häuflein nahm daran teil. Ueberall, wo sie bei Arbeitern vorbeikamen, wurden diese Helben ausgelacht.

## Rafibor

### Note Hilfe

Die Monatsversammlung für Mitglieder und Freunde der Organisation ist am Freitag, dem 7. Juni, um Punkt 19 Uhr in der „Stadt Troppau“. Funktionäre haben abzurechnen.

Die Tagesordnung ist sehr wichtig und wird in der Versammlung bekanntgegeben.

### Schwurgericht

In der ... Juni beginnende Schwurgerichtsperiode wird am 7. Juni gegen die Fleischerekan Marie Rudzki aus Ranzlin wegen versuchten Mordes und Anstiftung zum Mord und gegen den

Verurteilung der ... aus Ranzlin wegen Mordes verurteilt werden.

## Kreuzburg

### Öffentliche Anfrage

A. R. Herr Supin, warum wird die Wohnung Schloßplatz 2 nicht bezogen? Schon wochenlang steht diese Wohnung leer. Die Wohnungsnot ist doch wirklich noch nicht behoben. Vielleicht antworten Sie einmal, Herr Supin.

Noch auf eine möchte ich Sie aufmerksam machen. In der Bahnhofsstraße 10 wohnt der Arbeiter W. in einem durchlöcherigen Loch. Ohne Licht, Luft und Sonne, nicht einmal um die Mittagszeit, ist die Dube. Derselbe Arbeiter leidet an Nervenleiden und ist herzleidend. An eine Gesundung ist natürlich in diesem Loch nicht zu denken. Als der Arbeiter bei Ihnen vorstellte wurde wegen einer Wohnung, haben Sie ihn glatt abgewiesen. Wie wäre es, wenn Sie ihm die Wohnung Schloßplatz 2 geben möchten?

## Oppeln

### Unachtsamkeit des Roten Kreuzes

A. R. Am 27. Mai verunglückte der Klemmergasse ... im Reichsbahnverkehr ... Es wäre im Auftrage der Firma Kabe Reinigungsarbeiten an den Regenrohren der Werkstatt aus, hierbei kam er an die elektrische Leitung und stürzte ab. Trotdem die Unfallstelle des Roten Kreuzes sofort angerufen und ihr mitgeteilt wurde, daß es sich um einen schwerverletzten handelt, dauerte es fast drei Viertel Stunden, bis sie mit einem Privatwagen kamen, der zu dem Transport durchaus nicht geeignet war. Der Betriebsrat leitete sofort die Arbeiterkamerad an, welche in sechs Minuten mit einem Krankenwagen kamen und den Schwerverletzten jaggemäß abtransportierten. Dem Roten Kreuz war bekannt, daß es sich um einen Schwerverletzten handelt, trotdem kam es mit einem Privatwagen und entschuldigte dieses damit, daß alle Krankenwagen unterwegs seien. Es wäre Pflicht der Unfallstelle gewesen, diesen Umstand sofort mitzuteilen, damit man die Arbeiterkamerad gleich hätte rufen können. Denn es dürfte wohl der Unfallstelle des Roten Kreuzes bekannt sein, daß bei solchen Unfällen das Leben des Verunglückten von Minuten abhängen kann. Ober ist man auch beim Roten Kreuz der Ansicht, daß Arbeiterleben billig sind?

Kollegen, geht aus diesem Fall die richtige Lehre und ruft die Arbeiterkamerad zu Hilfe. Das ist eine Organisation der Klassenbewußten Proletariats, die sich die Aufgabe gestellt hat, ihren auf dem Felde der Arbeit verunglückten Brüdern zu helfen.

### Rechtsanwalt Deutschmann als Kommunistenfresser

Am vergangenen Freitag fand ein Termin vor Gericht statt, an dem auch ein hiesiger Handwerker als Zeuge kam. Nebenläger anwesend war. Als der Handwerker seine Aussage gemacht hatte, erklärte darauf Rechtsanwalt Deutschmann als Vertreter des Beklagten vor Gericht, „der Handwerker sei Kommunist“. Er wollte damit sagen, daß die Aussage eines Kommunisten nicht so zu bewerten sei, auch wenn sie unter Eid erfolgt ist, als die Aussage eines „guten“ Christen oder Juden. Das Schönste an der ganzen Geschichte ist, daß dieser Gewerbetreibende tatsächlich nicht zu unserer Partei gehört. Wir hoffen aber, daß solche Ausprüche dazu beitragen, daß tatsächlich mehr als bisher Gewerbetreibende, die wirklich von den Bestrebungen unserer Partei überzeugt sind und mit uns arbeiten wollen, den Weg zu uns zu finden. Dieser Rechtsanwalt ist eine Leuchte der SPD.

### Ungelöste Verkehrsfragen

Die behördlicherseits aufgelegene, im Stadttheater stattgefundene Verkehrsberatung sollte den Zweck haben, für die obererschlesischen Verkehrsfragen informativ zu wirken.

Erdöfnet wurde die Sache mit einem Gedicht, das selbst die in diesem Gremium von Behörden, Reichswehr- und Schutobereitern zusammengelommenen zahlreichen Juratensreiter bald zum Brechen reizte. Was dieser nationale Gesang und Nachgesang mit Verkehrsfragen zu tun hat, schien der Vortragenden, einem gewählten Fräulein Erika Pegg, ebenso unbekannt, als den anderen zu sein. Sie blieb mehrmals stehen und schien entweder unter der Gedächtnislast zu leiden oder war, nach ihrem Auftreten zu urteilen, mit den Gedanken ganz woanders.

Oberbürgermeister Dr. Berger eröffnete die Sitzung, dankte den Rednern schon im voraus und erläuterte kurz den Zweck der Veranstaltung. Der Zentrumsvorsitzungsabgeordnete Ehrhard im Nebenruf Landesrat des Pionier in Railbor, ging in längeren Ausführungen auf die verschiedensten obererschlesischen Probleme ein. Im Reichsverkehrsministerium in Berlin sei man immer noch der Auffassung, hinter Breslau löre Deutschland auf. Ehrhard verkehrte dabei, zu sagen, daß an der Spitze dieses Ministeriums ein Zentrumsminister steht. Das Bestreben, in diesen durch Nationalismus und Kapitalismus geschaffenen obererschlesischen Herzensschmerz Ordnung zu bringen, ist zwar vorhanden, scheitert aber an der Methode, mit welcher man glaubt, diesen Widersprüchen beizukommen. Die kapitalistische Wirtschaftsform, deren Anhänger Ehrhard ist, schafft eben keine Abhilfe, sondern diese Widersprüche verschärfen sich und richten sich letzten Endes gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung.

Es sprachen dann noch Stadtbaurat Schmidt, Kreisbaurat Graf über Verkehrsfragen der Stadt und des Landkreises. Der Orchesterverein gab einige Musikstücke zum besten. Diese musikalischen Einlagen sollten wohl bewirken, daß der Saal voll wird, was man sonst wohl nicht erwartete.

### Großener im Landreise

Bei dem am Mittwoch über dem Landreise Oppeln niedergegangenen schweren Gewitter schlug ein Blitz in das Holzlager des Holzhandlers Martin Weibel in Friedrichsthal-Creuzburgerhütte ein und zündete. In kurzer Zeit nahm das Lager in hellen Flammen und brannte völlig nieder. Der jetzige herrschende starke Wind trug das Feuer weiter, und die große Scheune desselben Besitzers ging gleichfalls bald in Flammen auf. Das Feuer griff schließlich auf die Ställe des Besitzers Karl Meißner über und schierte auch diese ein. Von der heftig wütenden Feuerbrunst wurden durch Funkenwurf dann auch die Wohnhäuser der Landreise Franz Solenina und Kauf erfasst, die gleichfalls ein Raub der Flammen wurden. Der Schaden ist sehr groß. Auch aus anderen Orten des Landkreises, wie Chroszeg, Kroski und Dabki, werden Brände gemeldet.

## Versammlungskalender

Oppeln, Freitag, 31. Mai, 19.30 Uhr findet im Saale des ... haus eine Mitgliederversammlung der ... Gruppe statt.

## Achtung! Arbeiterkorrespondenten

Sonnabend, den 1. Juni 1929, findet in Gleiwitz eine Arbeiterkorrespondenten-Konferenz statt.

Haltet den Tag frei! Erscheint rastlos

Mit offenem Betrug und raffinierter Terror ging der Einheitsverband gegen die Opposition bei der Wahl vor. Hier eine Probe aus dem Mundschreiben des Einheitsverbandes vom 11. Mai:

„Hiermit weisen wir unsere Funktionäre und Mitglieder an: die von der „Revolutionären Opposition“ übergebenen Stimmzettel und Flugblätter sind nicht zu verteilen. Zwedmächtig ist es, die von Girndt übergebenen in den Hfen zu stecken.“

Wir möchten ausdrücklich darauf hinweisen, daß dasjenige Mitglied unserer Organisation, welches die Stimmzettel und Flugblätter der „Revolutionären Opposition“ verteilt, sich außerhalb unserer Organisation stellt ...“

Neben dem Dorf Müller-Spiegelapparat zog Blättermann noch einen eigenen Apparat auf, um das letzte Mittel in Anwendung zu bringen und den Kollegen Angst einzujagen, indem zur Denunzierung der Opposition aufgefordert wurde. Das sind einige der Maßnahmen, mit denen der Sozialfaschismus gegen die revolutionäre Opposition zu Felde zog.

Kann man schon angesichts dieser Sachlage von einer „glatten Niederlage“ sprechen, wie dies der Genosse M. Girndt in der Nr. 21 des „Eisenbahner-Echos“ tut? Absolut nicht! Diese 1044 Kollegen, die ihre Stimme für die Opposition erhoben haben, taten dies trotz der unerhörten Maßnahmen und werden auch vor weiteren Kämpfen nicht zurückschrecken. Sie taten es vor allem auch trotz unserer Schwächen, die sehr klar hier zutage traten und uns ungeheuer schwächigten. Es seien hier nur die wesentlichen erwähnt, die der Genosse Girndt nicht genügend hervorhebt.

Da ist in erster Linie die Unklarheit in der Opposition, die darin ihren Ausdruck fand, daß drei Kollegen von der Liste der Opposition zurücktraten. Dies bedeutete einen ungeheuren Schlag gegen die Opposition, den die Reformisten wader ausnützten. Diese drei Kollegen wurden zu den Handlangern der Reformisten gegen die Opposition, sie spalteten die einheitliche Front im Moment des Kampfes. Es ist ganz klar, daß, wenn schon bei den führenden Funktionären der Opposition sich ein solches Zurückweichen vor dem Reformismus zeigt, dies sich in erhöhtem Maße auf die Kollegenschaft auswirkt. Die Opposition muß deshalb mit allen Kräften darauf hinarbeiten, daß ein politisch klarer Funktionärkörper geschaffen wird, der sich bemüht ist, daß der Reformismus heute die aktivste Stütze der Reaktion ist, die den Weg zum Faschismus und Krieg gegen die Sowjetunion vorbereitet, wie auch dies vor ihnen schon die ehemaligen Reformisten Mussolini und Pilsudski taten. Ideologische Klarheit muß geschaffen werden, denn die Reformisten haben in dieser Wahl sicher einen großen Teil der Ernte eingeharbt, die auf unser Konto ging, indem wir im Einheitsverband arbeiteten, ihn ausbauten. Bei vielen Kollegen war unser Austritt nicht ganz klar. Sie glaubten mit der Unterstützung des Einheitsverbandes uns zu unterstützen, wie dies in früheren Wahlen der Fall war. Dem muß abgeholfen werden durch verstärkte Aufklärung.

Auch der Genosse Girndt stellt die Frage nicht richtig, wenn er schreibt, daß wir „gegen den Einheitsverband“ fanden. Dem ist nicht

**Vereinigte Theater**  
**Lobe-Theater**  
 Von Sonnabend, den 1. 6.  
 bis Sonnabend, den 8. 6.  
 täglich 20.15 Uhr  
 Zum ersten Male  
 Saisonausverkauf 1929  
 Revue im Lobetheater  
 Texte: Max Dphills  
 Musik von Harry Walton

**Thalia-Theater**  
 Von Sonnabend, den 1. 6.  
 bis Sonnabend, den 8. 6.  
 täglich 20.15 Uhr:  
 Der Mann, der seinen  
 Namen änderte  
 Stück in 3 Akten  
 von Edgar Wallace, deutsch  
 von Hans Rothe

**Küche** 7 teilig  
 naturlasert  
 mit Linoleum 195,-  
 belegt  
 Schlafzimmer  
 Flicke, Koppel 585,-  
 180 cm breit  
 Teilzahlg. gestattet!  
**Giesel**  
 Brüderstraße 23

**Kosa-Schokoladen**  
**Geschenktage vom 1. bis 4. Juni**  
 Beim Einkauf von 2 Tafeln Kosa-Schokoladen 1 Kosa-Vollmilch-Riegel gratis!  
 Kosa-Schokoladen vereinen Qualität mit Billigkeit - Beachten Sie bitte unsere Schaufenster!  
**Klingenberg-Konfitüren G. m. b. H.**  
 Verkaufsstellen:  
 Taschenstraße 9  
 Dohrauer Str. 6  
 Kupfernickelstraße 17  
 Klosterstr. 19/21  
 Herzogstraße 27  
 Tauentzienstraße 189  
 Bärenstraße 21  
 Friedrichstr. 17  
 Nikolaistraße 49  
 Nitschkastr. 46

**Stadtheater Breslau**  
 (Opernhaus)  
 Freitag, 20 Uhr  
 Abonnement-Vorstellung Serie C 20  
**Die Waise**  
 Sonnabend, 20 Uhr  
 Der Barbier von Sevilla  
 Sonntag, 20 Uhr  
 Krolland

**Kind- u. Schweinefächterei**  
**Ernst Heide**  
 Breslau, Markthalle Ritterplatz  
**Stand 27/28**

**Nur 6 Tage**  
 Sehr weit herabgesetzte Preise  
 Ich biete Aussergewöhnliches!

- |  |  |
|--|--|
| Gerstenkornhandtücher . . . . . 0.28         | Mull für Gardinen, 120 cm br., Mtr. 1.00           |
| Küchenhandtücher . . . . . 0.48              | Vorhang-Damast, 130 cm br., Mtr. 1.45              |
| Küchenkattun, 80 cm br., rot u. blau 0.50    | Herren-Einsatzhemden . . . . . 1.75                |
| Selbenglanz-Satin, 80 cm br. . . . . 0.79    | Herren-Trikot-Beinkleider . . . . . 1.80           |
| Linon, pr. Qualität, 130 cm br. . . . . 0.95 | Basken-Mützen, alle Farben . . . . . 1.80          |
| Blaue Mädchen-Sweater . . . . . 0.95         | Kinder-Pullover, in Qual. u. Muster . . . . . 1.95 |
| Kinder-Schürzen, Größe 80 . . . . . 0.95     | Künstler-Garnituren, 3 teilig . . . . . 1.95       |
| Kinderhütchen . . . . . 0.95                 | Tüll- u. Etamine-Bettdecken, 1 bettg. 2.50         |
| Mako-Schlüpfer, in feinen Farben 0.95        | Tüll- u. Etamine-Bettdecken, 2 bettg. 4.50         |
| Trikot-Damenhemden, seid. Achsel 0.95        | Bettvorleger, kräftige Qualität . . . . . 2.80     |
| Künstler-Deckchen, 80x80 . . . . . 0.85      | Damast-Vorhänge, fix und fertig 2.90               |
| Schlafdecken . . . . . 3.90, 2.80, 1.90 0.95 | Künstler-Decken, 130x160 . . . . . 2.90            |
| Etamine-Stores, 3,90, 2,20, 1,90 0.95        | Mangeltücher, gestreift . . . . . 2.95             |
| Linon-Kopfkissen, 80x80 z. Knöpf. 1.10       | Satin-Bettdecken, 1 bettg. . . . . 3.45            |
| Mädchen-Turnanzüge . . . . . 1.20            | Satin-Bettdecken 2 bettg. . . . . 6.80             |
| Blaue Monteur-Blusen . . . . . 1.50          | Pullover mit Arm, Kunstseide . . . . . 3.90        |

**Wintergarten**  
 Jeden Sonntag  
**Großer Ball** Anfang 4 Uhr  
 Liegnitz, Wiesenstraße

**Schauspielhaus**  
 Operettenbühne Tel. 36300  
 Täglich 20 Uhr  
**Gastspiel**  
 des Kammerjägers  
**Serge Abranovic**  
**Friederike**  
 Sonntag 15 1/2 (nachm. 3 1/2) Uhr  
 In kostümlichen Preisen  
 (Parkett 2.50 Mk. ufm.)  
 In neuer Vorbereitung  
**Die Gyardasfürstin**  
 Dienstag, 20 Uhr  
**Gastspiel**  
 des Kammerjägers  
**Serge Abranovic**  
 Zum 25. Male:  
**Friederike**

**Diamant-, Göttrick-  
 Triumph-, Presto-  
 Fahrräder**  
**R. Kühn**  
 Herdalanstraße 28  
 Ecke Arletiusstr.  
 Reparaturwerkstatt  
 Günstige Teilzahlung

**Hausfrauen Breslaus**  
 kauft die fettreiche Milch  
 der Breslauer Molkerei G. m. b. H.  
 Sie ist maschinell gereinigt, in  
 schonender Dauerpasteurisa-  
 tion und mit Fränkelschlacke  
 befreit und hat Geschmack.  
 Die ebenfalls maschinell behandelte  
 Frischmilch der Breslauer Molkerei  
 ist gewonnen von Kühen, die bei der staatlich  
 anerkannten Tuberkuloseprüfung gesund be-  
 funden wurden.  
 Auf Wunsch Lieferung frei Haus.  
 Ferner erhalten wir  
 alle Molkereiprodukte täglich frisch:  
 Zerbrannt erfolgt durch eine ganze  
 Anzahl durch uns beherrschte Milchgeschäfte,  
 die unsere Lieferung durch entsprechenden  
 Ausbau nachweisen, durch 85 eigene Ver-  
 kaufsstellen und -Ringe in allen Stadt-  
 teilen Breslaus.  
**Breslauer Molkerei G. m. b. H.**  
 Berlin-Str. 5/62. Dept. 18/P. Tel. 20510

- |  |   |   |   |
|--|---|---|---|
| <b>Prachtvolle<br/>Kunstseid.<br/>Pullover</b><br>ohne Arm,<br>schwer. Qualität<br><b>2.75 M</b> | <b>Ein Posten<br/>Prima Linon-<br/>Deckbetten</b><br>zum Knöpfen<br><b>3.90 M</b><br>Passende<br><b>Kopfkissen</b><br>z. Knöpf., 80x80<br><b>1.10 M</b> | <b>Ein Posten<br/>Gute<br/>Kunstseid.<br/>Schlüpfer</b><br>in vielen Farben<br>mit klein. Schön-<br>heitsfehlern<br><b>1.65 M</b> | <b>Solange Vorrat<br/>Waschseid.<br/>Strümpfe</b><br>prima Qualität<br><b>1.45 M</b><br><b>Bemberg-<br/>Strümpfe</b><br>Gold<br><b>2.90 M</b> |
|--|---|---|---|

**Jetzt Bischofstr. 13 Benno Schenk Jetzt Bischofstr. 13**

**Schuh-  
waren**  
kaufen Sie gut und  
preiswert  
bei  
**J. Koschany**  
Liegnitz  
Haynauer Straße 8

**Zigarren**  
eigenes Fabrikat  
**Zigaretten**  
Rauch- u. Kantabak  
**E. Woll**  
Schweidnitz  
Büttnerstr. 26

**Modhaus Landsberger**  
 Schweißlich  
 jetzt Ring, Buttermarktsseite  
**Schönste Kleider, Mäntel**  
**Wäsche u. v. a.**  
 sehr billig  
 Teilzahlung gestattet

**Schokoladen aller Art**  
 Spezialität: Trumpt-Schokolade  
 liefert  
**Alois Henschel & Co.**  
 Breslau, Brunnenstr. 34 — Tel. 30785

**Sie verdienen  
täglich**  
 10 Mark  
 mit Schnürsenkel  
 Nur persönl. kommen  
**Reste**  
 in Serge, Mittel, Lein-  
 wand, Aermelstuffer  
 Rohhaar, Garn, Knöpfe  
 Kernseife, Erdal  
 alles sehr billig  
 prima Ware  
**Detail und Engros**  
**Borth. Lippert**  
 Breslau  
 Heinrichstraße 16  
 Filiale: Oberstr. 17  
 Wehbergergasse 43

**Geschäftsräume**  
 rd. 125 qm groß, im 2. oder 4. Stockwerk  
 des Grundstücks am Rathaus 27, sofort  
 zu vermieten. Fahrstuhl, Sammelheizung.  
 Angebote an das Mag.-Büro II, Wilscher-  
 platz 14, III., Zimmer 57, Fernsprecher:  
 Magistrat 2793.

**Schaefer-Einreibung**  
 berühmt und bewährt bei Rheumatismus  
 und Nervenschmerz, wird nach einem  
 alten Original-Rezept in meinem La-  
 poratorium hergestellt in Flaschen zu  
 0.50, 0.90, 1.90 M. Helen.-Apoth. Münster-  
 berg Schles., Ring 17 Ecke Bahnhofstr.

**Fahrräder** Dixi, Göttrick  
 Victoria  
 bequeme Teilzahlg. Reparaturwerkstatt  
**G. Schneider, Matthiasstr. 205**

**Verband der Dachdecker**  
 Filiale Bunzlau  
 Sonnabend, den 1. Juni 1929  
 im Gerichtskretscham Tillendorf  
**Frühjahrs-Vergnügen**  
 Kasseneröffnung 19 Uhr  
 Es ladet freundlichst ein  
 Der Vorstand

**Franz Potstada Hirschberg**  
 Außere Bürgerstr. 3  
 Roh- Fleisch- und Wurstwaren

**Kolonialwaren u. Lebensmittel**  
 kauft nur bei  
**Klara Lison**  
 Schweidnitz, Langstr. 23

**Kolonialwaren u. Lebensmittel**  
 kauft man bei  
**Helene Reimann**  
 Schweidnitz, Vorwerkstr. 24

Reserviert!  
**Schweidnitz Nr. 12**

**Nachstehende Ausgabestellen der „Arbeiter-Zeitung“ nehmen Abonnements entgegen:**

**Oberschlesien**  
 Bentzen OS.: Martin Piella, Grampnerstraße 14 a, III.  
 Sobret: Franz Sirzech, Zimhütten-Kolonie 2  
 Bielitz, Kr. Falkenberg: Pieffe  
 Bohanowitz, Kr. Kreuzburg OS.: Franz Klafel  
 Bistupitz OS.: Franz Buttle, Buntzerhof 9  
 Borkendorf OS., Kr. Reife: Franz Ehrlich  
 Gijfel b. Cosel OS.: Karl Bolling  
 Cosel OS.: Julius Kantenschanz, Kaserne 13, Bl. III  
 Dambrau Bez. Oppeln: Franz Hannel  
 Dehschowitz: J. Achleitl  
 Deutsch-Rastowitz: Bernhard Wotila, Bahnhofsstraße 5  
 Dembitz-Gamern, Post Chrostant: Johanna Lippel  
 Lombramba OS. a. d. Ober: Vincent Jarosch  
 Gliguth-Wilowig: Johann Schalkwig  
 Grottkow bei Bogolin: Rieftray, Steinbruch  
 Hlebe, Post Friedland OS.: Emanuel Breita  
 Friedland OS.: E. Grischel  
 Friedlandstr., Kr. Oppeln: Paul Janitz, 140 b  
 Alt-Gleiwitz: Emanuel Ochabla, Feldstraße 2  
 Gleiwitz: Michael Schimon, Barbarastraße 10  
 Gleiwitz-Zernitz OS.: Richtigsenstraße 4 c  
 Siegowitz OS., Post Post: Johanna Koczynska  
 Bogolin: Robert Lejchnial, Bahnhofsstraße

Groditz, Post Falkenberg: Walter Langner  
 Grün, Kr. Falkenberg: Willi Vehmman  
 St.-Dobers, Kr. Oppeln: Marika Blacha, Rothstraße  
 Groß-Strehlitz OS.: And. Dlugosch  
 Groß-Schneckenberg, Kr. Falkenberg: August Laqua  
 Hindenburg: Peter Ellor, Schmiedestraße 5  
 Hohenberg, Kr. Leobschütz: Karl Scherner  
 Janitz, Post Friedland OS.: Johann Pyschling  
 Kowitz, Kr. Reife: Robert Langer, Kr. 68  
 Karf: Johann Banjura, Tarnowitzer Straße 18  
 Reitsch OS.: Simon Jajza  
 Krappitz OS.: Johann Komal, Schmiedestraße  
 Kreuzburg OS.: Alexander Holleran, Bahnhofsstr. 9 II  
 Lamsdorf OS.: Alfred Böhm, Lager II  
 Laband OS.: Franz Eobel, Bahnhofsstraße 21  
 Lawowitz, Post Schönwald, Kr. Kreuzburg: Franz  
 Mundry  
 Marlowitz b. Ratibor: Ludwig Brandt, Kr. 60  
 Mikulschütz, Kr. Bentzen: Robert Nagera, Friedrich-  
 straße, bei Rembich  
 Neuhof OS.: Theodor Wulla Dominium  
 Niederdorf, Kr. Gleiwitz: Emanuel Garzorz  
 Neustadt OS.: Heinrich Illmann, Fischenstraße 26  
 Reife: Hermann Krause, Königstraße 7

Reudorf, Agl. b. Oppeln: Erich Wolter, Oppelner Str. 9  
 Oppeln: Rochus Bistkup, Kräuterei 30  
 Ratschau: Waldemar Urndt, Ring 14  
 Reiskretscham: Paul Witzke, Bahnhof 13  
 Ruchine: Julius Grischel  
 Rothschütz: Paul Hante, Kr. 93  
 Ratibor: Ignaz Popella, Jungferstraße 12  
 Sabine, Kr. Falkenberg: Willi Bauer  
 Sabinha: Paula Kluth, Wladensienstraße 14  
 Slawkau, Kr. Ratibor: Johann Eluga  
 Sühau, Kr. Gr.-Strehlitz: E. Broß  
 Schadowitz, Post Lamsdorf: Robert Kommander  
 Schimischow OS.: Josef Komal  
 Schomberg OS.: L. Schydlowski, Verbindungsweg 1  
 Studzienna: Valentin Komal, Oberhof  
 Tarnau, Kr. Oppeln: Johann Fidus  
 Theresienhütte, P. Tillowitz, Kr. Falkenberg: Franz  
 Tmorkau b. Ratibor: Theodor Kupla  
 Wahnowitz, Kr. Rosenburg: Stefan Lison  
 Wilschminenhütte: R. Rospiach  
 Woinowitz, Kr. Ratibor: Alexander Kruppel, Siedlung  
 Zaborze-Dorf: Bernhard Smody, Dorfstraße 15  
 Ziegenhals: Richard Rieger, Feldstraße 1  
 Zülz: Max Borel, Klosterstraße  
 Zawadzki: Franz Drzybska, Palastina 128

**INSERATE** in der „Arbeiter-Zeitung“  
 finden weiteste Verbreitung  
 und haben stets die größten **ERFOLGE!**